

# Lettera ai clienti

per i rapporti giuridici italo-tedeschi

# Mandantenbrief

für den deutsch-italienischen Rechtsverkehr

1·18

60325 Frankfurt am Main · Arndtstraße 34-36  
Telefon 069 - 92 07 15-0 · Telefax 069 - 28 98 59  
email: info@dolce.de · www.dolcelauda.com



*Unübersichtliche Zeiten, sowohl in Deutschland wie auch in Italien. Wer mit wem und wer gegen wen stellt sich oft erst im Nachhinein heraus. Wir bleiben bei unserer konsequenten Linie, Ihnen die wichtigsten und merkwürdigsten Neuigkeiten aus dem deutsch-italienischen Rechtsverkehr vorzustellen.*

<b>Neues aus Deutschland</b>	<b>Informationen für Kollegen</b>
<b>Neues aus Italien</b>	..... Seite 8
<b>Neues aus Europa</b>	
<b>Neues aus aller Welt</b>	
<b>Lesetipps</b>	
..... Seite 2	
	<b>Vertriebsrecht</b>
<b>Gesellschaftsrecht</b>	<b>Datenschutz</b>
<b>Schaden und Recht</b>	<b>Geschichte</b>
<b>Dolce · Lauda on the road</b>	..... Seite 10
..... Seite 4	
	<b>Arbeitsrecht</b>
<b>Immobilienseite</b>	<b>Finanzen</b>
<b>Erbrecht</b>	..... Seite 12
..... Seite 6	
	<b>Geistiges Eigentum</b>
	..... Seite 14

*Tempi poco chiari, sia in Germania che in Italia. Chi è con chi e chi contro chi spesso si rivela solo in retrospettiva. Noi invece ci atteniamo alla nostra linea costante di presentarvi le più importanti e singolari notizie sui rapporti giuridici tra Germania e Italia.*

<b>Ultime dalla Germania</b>	<b>Informazioni per colleghi</b>
<b>Ultime dall'Italia</b>	..... Pagina 9
<b>Ultime dall'Europa</b>	
<b>Ultime dal Mondo</b>	
<b>Suggerimenti per la lettura</b>	<b>Distribuzione</b>
..... Pagina 3	<b>Privacy</b>
	<b>Storia</b>
<b>Diritto societario</b>	..... Pagina 11
<b>Danno e diritto</b>	
<b>Dolce · Lauda on the road</b>	<b>Diritto del lavoro</b>
..... Pagina 5	<b>Finanza</b>
	..... Pagina 13
<b>Pagina immobiliare</b>	
<b>Succezioni</b>	<b>Proprietà intellettuale</b>
..... Pagina 7	..... Pagina 15



BGH: Nicht mehr bekömmlich (S. 2)  
Corte Federale: Non più digeribile (pag. 3)

## NEUES AUS DEUTSCHLAND

### Bier ist nicht mehr bekömmlich

Wie der BGH am 17.5.2018 Az. I ZR 252/16 entschieden hat, dürfen Brauereien ihr Bier in Deutschland nicht mehr als „bekömmlich“ bewerben, auch wenn es in Maßen der Gesundheit nicht schadet. Die Entscheidung ist in Deutschland auf breites Unverständnis gestoßen.

### Ohne Perücke

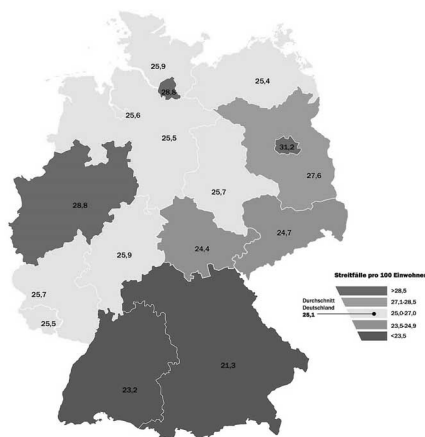
Bei internationalen Wirtschaftsstreitigkeiten kann ab Mai 2018 am Landgericht Hamburg auch auf Englisch verhandelt werden; Hamburg ist damit nach unserer Heimatstadt (Frankfurt am Main) das zweite sprachkundige Gericht in Deutschland. Die Kläger müssen beantragen, an entsprechende Kammern verwiesen zu werden.

### Kein Urteil ohne lesbare Unterschrift

Das OLG Frankfurt am Main (3.1.2018, 2 SS-OVI 133/17) hat einen Beschluss des Amtsgerichts mit folgendem Hinweis kassiert: „Die wirksame Unterzeichnung eines Urteils setzt voraus, dass die Identität des Unterschreibenden durch einen individuellen Schriftzug gekennzeichnet ist.“ Kaum zu Glauben, aber die Unterschrift des Richters in der 1. Instanz war nicht lesbar – damit wurde dem Beschwerdeführer stattgegeben. Das eröffnet doch eine breite Tür für Rechtsmittel aller Art!

## LESETIPPS

Die Rechtsschutzversicherung Advocard hat einen „StreitAtlas“ für Deutschland veröffentlicht (abrufbar unter <https://www.advocard.de/streitlotse/deutschlands-grosser-streitAtlas/deutschlands-grosser-streitAtlas-2017-wo-die-deutsche-wut-wohnt/>); hier kann man durch ganz Deutschland klicken und erfährt, dass 2016 in Frankfurt am Main 31,7 Streitfälle pro 100 Einwohner registriert wurden, dagegen im Landkreis Tirschenreuth nur 13,2. Klickt man auf die einzelnen Landkreise erfährt man Weiteres (Art der Rechtsstreitigkeit, Geschlecht, etc.).



## NEUES AUS EUROPA

### Gebühren für Kreditkartenzahlung unzulässig

Ab dem 13. Januar 2018 gilt die sogenannte PSD2 – Richtlinie (2366/2015). Der Kunde hat danach die freie Wahl der Zahlungsmittel, weder im Internet noch im Ladengeschäft dürfen zusätzlich Gebühren für Zahlung durch Karte, Lastschrift oder Überweisungen in Rechnung gestellt werden.

### Europäisches Insolvenzrecht: Entscheidung des EuGH über Art. 13 EulnsVO a.F. auf Vorlage des Tribunale di Venezia

Der EuGH hat am 8.6.2017 auf Vorlage des Tribunale di Venezia über einen interessanten Fall zwischen zwei italienischen Gesellschaften entschieden. Nach Auffassung des EuGH kann Art. 13 EulnsVO a.F. (Verordnung Nr. 1346/2000) auch geltend gemacht werden, wenn die Vertragsparteien die Anwendung eines „fremden“ Rechts vereinbaren, obwohl keine sachliche Verbindung zur gewählten Rechtsordnung vorliegt, vorausgesetzt, dass die Parteien dieses Recht nicht in betrügerischer oder missbräuchlicher Weise gewählt haben (Vinyls Italia SpA v Mediterranea di Navigazione SpA, C 54/16). Art. 3 Abs. 3 der Rom I VO sei auf die EulnsVO nicht übertragbar, da keine vergleichbare Ausnahmeregelung enthalten ist. Die Beklagte konnte sich daher auf Art. 13 EulnsVO a.F. berufen, um den Nachweis zu erbringen, dass die streitige Handlung nach englischem Recht nicht anfechtbar war.

## NEUES AUS ITALIEN

### Lebensversicherungen neu definiert

Lebensversicherungen gelten nur dann als solche, wenn sie die Rendite des investierten Kapitals garantieren, ansonsten handelt es sich um gewöhnliche Kapitalanlageverträge. Dies sagt das Kassationsgericht mit dem Urteil 10333/2018, das ein Urteil des Berufungsgerichts von Mailand bestätigt, und dazu bestimmt ist, der Versicherungswelt viele Sorgen zu machen.

### Neue Regierung – Großes Mandat

Italien hat eine neue Regierung, die von einem Rechtsanwalt geführt wird, der bis zur seiner Ernennung als solcher auch aktiv war. Nachdem die Italiener nicht von den Ereignissen in Moskau rund um den Ball abgelenkt werden, steht der Kollege unter besonderer aufmerksamer Beobachtung. Wir wünschen ihm, dass er seine anwaltliche Unabhängigkeit behalten möge!

## NEUES AUS ALLER WELT

### Hotel Mama in New York geschlossen

Ein Richter des Bezirks Onondaga im Staat New York gab der Räumungsklage der Eltern eines 30-jährigen Sohnes statt, den Sohn vor die Tür zu setzen. Der junge Mann weigerte sich zuvor auszuziehen, da er angeblich einen Beitrag zu den Ausgaben des Hauses leistete und auch bei der Hausarbeit mithalf. Die Entscheidung ist nicht rechtskräftig, der Sohn will zu den Eltern zurück (Quelle LTO.de, 23.05.2018).

Wir bitten insbesondere unsere italienischen (älteren) Leser zu beachten, dass ein amerikanischer Gerichtsstand für Räumungsklagen in Italien nicht gegeben ist.

## DIE SCHWEINEHUNDTHEORIE

### Legal Tech und Badischer Wein

In Deutschland wie auch in Italien ist die juristische Fachpresse seit Jahren mit dem Thema beschäftigt, wie Legal Tech (deutsche Terminologie) oder AI (italienische Terminologie, intelligenza artificiale, angliziert) den Anwaltsmarkt verändern werden. Viele Kollegen fürchten, dass sie den ähnlichen Weg der Übersetzer gehen werden. Es gibt mittlerweile, frei im Netz, Übersetzungsprogramme, die auch einen juristischen Text in der anderen Sprache lesbar und verstehbar aufbereiten. Für das fertige Ergebnis sind dann nur einige wenige Korrekturen notwendig.

Es ist abzusehen, dass die beratenden Kollegen hier mehr zu befürchten haben als die forensisch tätigen. Man kann sich durchaus vorstellen, dass ein gut gefüttertes intelligentes Programm einen bestimmten Sachverhalt erfassen und subsumieren kann.

Eine noch nicht digital aufbereitbare Theorie ist die aber in Deutschland die von den meisten erfahrenen Richter angewandte Schweinehundtheorie.

Die nach sicheren Quellen auch von den BGH Richtern angewandte Theorie beschreibt folgendes Entscheidungsverfahren: Zunächst wird anhand der vorgelegten Fakten festgestellt, wer der Schweinehund ist (also wer den Prozess verlieren wird) und dann wird nach einer entsprechenden guten Begründung gesucht. Anders als es sich die meisten Mandanten vorstellen, sind hierfür die meisten Gesetze in beiden Richtungen gut auslegbar. Die Schweinehundfeststellung erfolgt nach dem Bauchgefühl des Richters, in dem - insbesondere bei BGH Richtern - unzählige berufliche und außerberufliche Erfahrungswerte einfließen.

Solange die Software nicht einen guten Viertel badischen Wein verkraftet, den sich ein Richter in Karlsruhe nach der mündlichen Verhandlung zur Meditation gönnt, ist unser Arbeitsplatz also sicher.

## ULTIME DALLA GERMANIA

**La birra non è più ben digeribile**

Come ha deciso la Corte federale suprema (BGH) il 17.5.2018 Az. I ZR 252/16, i birrifici in Germania non possono più pubblicizzare la loro birra come „bekommlich“ (digeribile, sana), anche se bevuta con moderazione non nuoce alla salute. La decisione è stata accolta con una diffusa incomprendimento in Germania.

**Senza parrucca**

Dal maggio 2018 le controversie commerciali internazionali possono venire trattate presso il Tribunale di Amburgo anche in inglese; Amburgo è quindi dopo il tribunale di Francoforte sul Meno il secondo tribunale „linguistico“ in Germania. Le parti attrici devono richiedere di essere deferite alle sezioni competenti.

**Sentenza inesistente senza firma leggibile**

La corte d'appello di Francoforte sul Meno (3.1.2018, 2 SS-OWI 133/17) ha ribaltato una decisione della pretura per il seguente motivo: „La firma valida di una sentenza presuppone che l'identità del firmatario sia identificata dalla firma individuale.“

Difficile a credersi, ma la firma del giudice in primo grado era illeggibile – l'appello ha quindi avuto successo. Questo apre una porta per tutti i tipi di ricorsi!

## SUGGERIMENTI PER LA LETTURA

L'assicurazione di tutela legale Advocard ha pubblicato un „atlante delle controversie“ per la Germania (disponibile sul sito <https://www.advocard.de/streitlotse/deutschlands-grosser-streit-atlas/deutschlands-grosser-streit-atlas-2017-wo-die-deutsche-wut-wohnt/>); qui si può cliccare in tutta la Germania e apprendere che nel 2016 sono state registrate 31,7 controversie ogni 100 abitanti a Francoforte sul Meno, mentre solo 13,2 nel distretto di Tirschenreuth. Cliccando sui singoli distretti è possibile saperne di più (tipo di controversia, sesso, ecc.).



In Italien wird nicht gestritten

## ULTIME DALL'EUROPA

**Nessun costo aggiuntivo per la carta di credito**

Dal 13 gennaio 2018 si applicherà la direttiva 2015/2366/UE (c.d. PSD2). Il cliente avrà la libertà di scegliere il mezzo di pagamento; né su Internet che nei negozi si potranno addebitare costi aggiuntivi per i pagamenti con carta di credito, addebito diretto o bonifico bancario.

**Diritto fallimentare europeo: Decisione della Corte di giustizia europea sull'articolo 13 del Regolamento CE n. 2000/1346, adottata su istanza del Tribunale di Venezia.**

L'8 giugno 2017 la Corte di giustizia europea si è pronunciata su un caso interessante tra due imprese italiane, presentato dal Tribunale di Venezia. Secondo la Corte di giustizia europea, l'articolo 13 del Regolamento CE n. 1346/2000 può essere invocato anche se le parti contraenti convengono di applicare una legge „straniera“, sebbene non vi sia alcun collegamento oggettivo con l'ordinamento giuridico scelto, a condizione che le parti non abbiano scelto tale diritto in modo fraudolento o abusivo (Vinyls Italia SpA contro Mediterranea di Navigazione SpA, C-54/16). L'articolo 3, paragrafo 3, del regolamento Roma I non è trasferibile al Regolamento CE n. 1346/2000, in quanto non contiene eccezioni analoghe. La convenuta poteva pertanto invocare l'art. 13 della vecchia versione del Regolamento CE n. 1346/2000, per dimostrare che l'atto contestato non era impugnabile ai sensi della legge inglese.

## ULTIME DALL'ITALIA

**Assicurazione sulla vita – nuova definizione**

Le polizze di assicurazione sulla vita sono considerate tali solo se garantiscono la redditività del capitale investito, altrimenti sono contratti di investimento ordinari. Questa è la sentenza della Corte di Cassazione 10333/2018, che conferma una sentenza della Corte d'Appello di Milano - una vera preoccupazione per il mondo assicurativo.

**Un nuovo governo - un grosso incarico**

L'Italia ha un nuovo governo guidato da un avvocato che sino alla sua nomina esercitava effettivamente la professione.

Poiché gli italiani non sono troppo distratti da ciò che succede a Mosca attorno al pallone, il collega si trova sotto attenta osservazione. Ci auguriamo che mantenga la propria indipendenza professionale!

## ULTIME DAL MONDO

**„Hotel Mamma“ chiuso a New York**

Un giudice della Contea di Onondaga, nello Stato di New York, ha accolto la domanda di sfratto dei genitori nei confronti del figlio trentenne, consentendo quindi metterlo alla porta. Il giovane si rifiutava di lasciare la casa, dicendo di contribuire alle spese della casa e anche ai lavori domestici. La decisione non è definitiva, il figlio vuole tornare dai genitori (fonte LTO.de, 23.05.2018).

Chiediamo in particolare ai nostri lettori italiani (più grandi) di tener presente che non esiste una giurisdizione americana per le domande di sfratto in Italia.

## LA TEORIA DELLO SCHWEINEHUND

**Legal Tech e vino del Baden**

In Germania come in Italia, la stampa specializzata giuridica si occupa da anni del tema Legal Tech (terminologia tedesca) o AI (terminologia italiana, intelligenza artificiale, anglicismo) e come cambierà il mercato degli avvocati. Molti colleghi temono di seguire lo stesso percorso dei traduttori. Ormai i programmi di traduzione, disponibili gratuitamente su Internet redigono anche un testo giuridico in modo leggibile e comprensibile in un'altra lingua. Per un buon risultato finale sono sufficienti solo alcune correzioni.

I colleghi che offrono prevalentemente consulenza hanno più da temere degli avvocati forensi. Si può ben immaginare che in futuro un programma intelligente e ben servito possa rilevare fatti e norme specifiche e produrre un risultato.

Una teoria che non può ancora essere elaborata digitalmente è però la teoria dello Schweinehund (trad.:porcoccane) applicata dalla maggior parte dei giudici esperti in Germania.

La teoria applicata anche dai giudici della Corte federale suprema (BGH) si basa secondo fonti attendibili sulla seguente procedura decisionale: in primo luogo viene accertato sulla base dei fatti presentati, chi è lo Schweinehund (cioè chi perderà il processo), quindi sulla base di questo si cerca una buona motivazione. A differenza da quanto crede la maggior parte dei clienti, la maggior parte delle leggi può essere ben interpretata in entrambe le direzioni. L'accertamento dello Schweinehund si basa sull'intuizione in cui, soprattutto nel caso dei giudici del BGH, vengono incorporati innumerevoli valori di esperienza professionale ed extra-professionale.

Finché il software non riuscirà a gestire un buon quarto di vino del Baden, che un giudice di Karlsruhe si concede in meditazione dopo l'udienza, il nostro posto di lavoro è ancora sicuro.

## GESELLSCHAFTSRECHT

### Gerichtszuständigkeit nach Satzungssitz der Gesellschaft

Im Rahmen der Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Union können Gesellschaften, die in einem Mitgliedstaat gegründet wurden und dort nur ihren Satzungssitz haben, ausschließlich in einem anderen Mitgliedstaat operativ tätig sein. Diese Freiheit führte in Deutschland zu einer großen Zahl von „Ltd“, die ausschließlich in Deutschland operieren. In einem den deutsch-italienischen Rechtsverkehr betreffenden Fall hat ein Unternehmen in Hannover seinen Satzungssitz, war aber ausschließlich in Italien tätig und hatte dementsprechend in Meran seinen Verwaltungssitz. Als das Südtiroler Unternehmen dann doch in Hannover nach Art. 4 I EuGVVO verklagt wurde, wandte es ein, dass das deutsche Gericht unzuständig sei, da es eben nicht mehr in Deutschland tätig sei. Das Landgericht Hannover gab den Südtirolern auch Recht, das Oberlandesgericht und auch der BGH kippten aber die Entscheidung. Allein der Umstand, dass das Unternehmen in Hannover noch eingetragen sei, begründe die deutsche Gerichtszuständigkeit (BGH Urteil vom 14.11.2017, VI ZR 73/17).

In diesem Zusammenhang ist zu berichten, dass die europäische Kommission am 25. März 2018 ein Maßnahmenpaket zum Gesellschaftsrecht vorgelegt hat, das unter anderem auch einen Vorschlag zur lang erwarteten Richtlinie über grenzüberschreitende Sitzverlegungen, Zusammenschlüsse und Aufspaltungen von Unternehmen enthält (COM(2018) 241 final).

### Beurkundung durch einen Schweizer Notar

Um die nicht unerheblichen deutschen Notargebühren zu sparen, wenden sich deutsche Gesellschafter oft an Schweizer Notare, die in der Regel günstiger sind. Ob dann die Anmeldung und die Urkunden der Schweizer Notare von dem deutschen Handelsregister anerkannt werden, ist jedes Mal spannend, da eine einheitliche Rechtsprechung oder gar eine gesetzliche Grundlage fehlt. Im Gegensatz zum Registergericht Charlottenburg (Berlin), das eine Anmeldung eines Notars des Kantons Bern zurückwies, hat das Kammergericht Berlin die Eintragung zugelassen mit der Begründung, dass der Schweizer Notar die Formvorschriften des deutschen Rechts beachtet hatte und die Urkunde vorgelesen, von den Erschienenen genehmigen und eigenhändig unterschrieben hatte lassen (KG v. 24.01.2018, 22 W 25/16). Über die Anerkennungsfähigkeit einer Urkunde eines italienischen Notars wurde im Mandantenbrief mehrfach berichtet.

### Onlinegründungen

In dem oben bereits erwähnten Maßnahmenpaket zum Gesellschaftsrecht schlägt die Kommission auch eine Online-Unternehmensgründung vor. Die Mitgliedsstaaten sollen ein Verfahren einrichten können, nach dem die Eintragung von Gesellschaften vollständig online durchgeführt werden kann (COM(2018) 239 final).

## SCHADEN UND RECHT

### BGH: Private „Dashcam“-Aufnahmen sind im Unfallhaftpflichtprozess verwertbar

Mit Urteil vom 15.05.2018 hat der BGH die Verwertbarkeit privater Dashcam-Aufnahmen eines Unfallbeteiligten im Haftpflichtprozess befürwortet.

Bei einer Dashcam (dashboard camera) handelt es sich um eine Kamera zur frontalen Videoaufzeichnung im Straßenverkehr, welche auf dem Armaturenbrett eines Autos angebracht wird und in der Regel ununterbrochen Videobilder in der Schleife speichert (sog. Loop-Aufnahmen).

Der an einem Verkehrsunfall beteiligte Fahrer hatte das Unfallgeschehen auf seiner Dashcam aufgezeichnet und verklagte den anderen Unfallbeteiligten, der nach seiner Auffassung den Unfall verursacht hatte, auf Schadensersatz. Die Vorinstanzen hielten eine Verwertung der Videoaufzeichnung als Beweismittel für unzulässig; der Verursacher des Unfalls konnte durch ein unfallanalytisches Gutachten nicht klar ermittelt werden.

Der BGH hat hierzu nun entschieden, dass trotz der datenschutzrechtlichen Unzulässigkeit permanenter Videoaufzeichnungen im Straßenverkehr mit sog. Dashcams, solche Aufnahmen im Zivilprozess nicht ohne Weiteres einem Beweisverwertungsverbot unterliegen.

Im konkreten Fall überwogen laut BGH die Interessen des Klägers an der Durchsetzung seiner zivilrechtlichen Ansprüche und sein Anspruch auf rechtliches Gehör in Verbindung mit dem Interesse an einer funktionierenden Zivilrechtspflege. Das Interesse des Beklagten am Schutz seines allgemeinen Persönlichkeitsrechts, insbesondere seines Rechts auf informelle Selbstbestimmung und am eigenen Bild könne zurücktreten, weil sich der Beklagte freiwillig in den öffentlichen Straßenraum begeben und somit der Wahrnehmung und Beobachtung anderer Verkehrsteilnehmer ausgesetzt habe. Zudem sei auch der häufigen besonderen Beweisnot im schnellen Verkehrsgeschehen Rechnung zu tragen. Schließlich seien die Persönlichkeitsrechte sowohl des Beklagten als auch anderer mitgefilmter Verkehrsteilnehmer durch die sanktionsbewehrten Datenschutzvorschriften ausreichend geschützt.

Das Landgericht, an das der Rechtsstreit zurückverwiesen wurde, wird die Videoaufzeichnung nunmehr als Beweismittel berücksichtigen müssen und auf dieser Grundlage dem Kläger möglicherweise den begehrten Schadenersatz zusprechen.

**Wem aufgrund dieses Urteils die Anschaffung einer Dashcam in Erwägung zieht, raten wir jedoch ab: die wegen Verstoßes gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen zu erwartenden Geldbußen könnten den erstrittenen Schadenersatz übersteigen – wie gewonnen so zerronnen.**

## DOLCE · LAUDA ON THE ROAD

### Copenhagen

Doriana De Luca, Andre'Castelli und Rodolfo Dolce haben an der Jahrestagung unseres Netzwerks Wordlink for Law in Copenhagen teilgenommen, Doriana De Luca und Rodolfo Dolce haben aus italienischer und deutscher Sicht in einer round table zu den internationalen Herausforderungen eines Betriebsüberganges referiert.

### Leipzig

Martin Cordella hat wie jedes Jahr als Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Vertriebsrecht am jährlichen Symposium in Leipzig (12.-13. April 2018) teilgenommen und mit den spezialisierten Kollegen die nationalen und internationalen Neuigkeiten im Vertriebsrecht ausgetauscht.

### Pisa

Rodolfo Dolce hat an der Universität Pisa am Final Workshop on Socially Responsible Investments am 24.-25.05. 2018 teilgenommen und über Freedom of Establishment and Transfer of Seat of a Benefit Corporation referiert.

### Malta

Stefan Dangel hat in Malta am 18.-19. Mai 2018 an der Peopil Konferenz zum Thema Regulierung von Großschäden nach den verschiedenen europäischen Rechtsordnungen teilgenommen.

### Cetona

(Fast) alle Kollegen von Dolce Lauda waren am 20.-21.04 in Cetona (eines der schönsten Orte Italiens) und haben gemeinsam mit vielen befreundeten Kollegen und Mandanten sowohl über die zu erwartenden rechtlichen Neuigkeiten der neuen deutschen Regierung wie auch zu Rechtsfragen des grenzüberschreitenden Familienrechts diskutiert.

### Triest

Angela Bonacina hat an der 1<sup>a</sup> Conferenza nazionale sull'Avvocato europeo teilgenommen, die in Triest vom 18.-19.Mai 2018 stattgefunden hat. Sie wurde zur Repräsentantin der AIGA (Verband junger italienischer Anwälte) für Deutschland gewählt und leitet nun das Büro AIGA Frankfurt.



## DIRITTO SOCIETARIO

### Competenza giurisdizionale secondo la sede legale della società

In regime di libertà di stabilimento all'interno dell'Unione europea, le società costituite in uno Stato membro, e aventi la sede sociale in tale Stato membro, possono essere operative anche esclusivamente in un altro Stato membro. Questa libertà ha portato ad un gran numero di „Ltd“ britanniche che operano esclusivamente in Germania.

In una causa tra Germania e Italia, una società ha sede legale ad Hannover, ma è attiva esclusivamente in Italia e di conseguenza ha sede amministrativa a Merano. La società altoatesina, convenuta in giudizio a Hannover ai sensi dell'art. 4 I del regolamento n. 44/2001, contestava l'incompetenza del tribunale tedesco, visto che non era più attiva in Germania.

Il Tribunale di Hannover si pronunciava a favore della società altoatesina, ma la Corte d'Appello e anche la Corte federale suprema (BGH) hanno ribaltato la decisione. Il semplice fatto che la società sia ancora registrata ad Hannover fa sorgere la giurisdizione tedesca (sentenza BGH del 14.11.2017, VI ZR 73/17).

In tale contesto va segnalato che il 25 marzo 2018 la Commissione europea ha presentato un pacchetto di misure in materia di diritto societario, tra cui una proposta di direttiva, attesa da tempo, sul

trasferimento transfrontaliero della sede sociale, le fusioni e le scissioni di società (COM(2018) 241 final).

### Rotigo da parte di un notaio svizzero

Per risparmiare le notevoli spese notarili tedesche, i soci tedeschi si rivolgono spesso ai notai svizzeri, che di solito sono più economici. È sempre interessante poi sapere se la domanda e gli atti dei notai svizzeri saranno riconosciuti dal registro delle imprese tedesco, in quanto non esiste una giurisprudenza uniforme né una base giuridica. Contrariamente al registro delle imprese tenuto presso il tribunale di Charlottenburg (Berlino), che ha respinto la registrazione di un notaio del Cantone di Berna, la Corte d'appello di Berlino ha confermato la registrazione in quanto il notaio svizzero aveva rispettato i requisiti formali del diritto tedesco e aveva letto l'atto alle parti, da essi approvato e firmato di proprio pugno (KG del 24.01.2018, 22 W 25/16). Sulla possibilità di riconoscimento di un atto notarile italiano è stato riferito più volte nella nostra lettera ai clienti.

### Costituzioni on line

Nel pacchetto di misure sul diritto societario già menzionato, la Commissione propone anche la costituzione di società on-line. Gli Stati membri dovrebbero essere in grado di istituire una procedura che consenta alle imprese di essere pienamente registrate on line [COM(2018) 239 final].

## DOLCE · LAUDA ON THE ROAD

### Copenaghen

Doriana De Luca, André Castelli e Rodolfo Dolce hanno partecipato alla conferenza annuale del nostro network Wordlink for Law a Copenaghen. Doriana De Luca e Rodolfo Dolce hanno parlato ad una tavola rotonda in prospettiva italiana e tedesca sulle problematiche internazionali di un trasferimento d'azienda.

### Lipsia

Come ogni anno, Martin Cordella ha partecipato al simposio annuale di Lipsia (12-13 aprile 2018) in qualità di membro dell'Associazione tedesca per il diritto di distribuzione e ha scambiato notizie nazionali e internazionali sul diritto di distribuzione con i suoi colleghi.

### Pisa

Rodolfo Dolce ha partecipato al Final Workshop on Socially Responsible Investments presso l'Università di Pisa il 24-25 maggio 2018 e ha trattato il tema Freedom of Establishment and Transfer of Seat of a Benefit Corporation.

### Malta

Stefan Dangel ha partecipato alla Conferenza di Peopil a Malta il 18-19 maggio 2018 sulla liquidazione di gravi danni nei vari ordinamenti giuridici europei.

### Cetona

(Quasi) tutti i colleghi di Dolce Lauda sono stati a Cetona (uno dei borghi più belli d'Italia) il 20-21.04 e hanno discusso insieme a molti amici colleghi e clienti sulle novità giuridiche del nuovo governo tedesco e su questioni legali del diritto di famiglia transfrontaliero.

### Trieste

Angela Bonacina ha partecipato alla 1<sup>a</sup> Conferenza nazionale sull'Avvocato europeo tenutasi a Trieste il 18-19 maggio 2018 a cura dell'Associazione Italiana Giovani Avvocati (AIGA), durante la quale è stata nominata nuova rappresentante AIGA per Francoforte sul Meno.

## DANNO E DIRITTO

### Corte federale suprema (BGH)

**„Le riprese private effettuate con dashcam sono mezzi di prova ammessi nei processi per il risarcimento dei danni da sinistro stradale“**

Con sentenza del 15.05.2018 la Corte ha sostenuto l'utilizzabilità delle riprese private fatte con una dashcam. La dashcam (in italiano telecamera da cruscotto) è un dispositivo elettronico per la ripresa frontale del traffico stradale, il quale, nella norma, installato sul parabrezza del veicolo, cattura immagini video senza soluzione di continuità (cosiddetta registrazione in loop).

Un autista coinvolto in un sinistro stradale aveva ripreso l'incidente con la sua dashcam e citato in giudizio per risarcimento dei danni colui che aveva provocato l'incidente. In prima istanza il video registrato dalla dashcam era stato valutato mezzo di prova inammissibile; la perizia non era stata in grado di individuare il responsabile del sinistro.

In merito a ciò la Corte di Cassazione tedesca si è pronunciata affermando che, nonostante la non conformità alla normativa sulla tutela della privacy, le riprese effettuate con dashcam non rientrano tra i mezzi di prova considerati inammissibili nel processo civile.

Nel caso concreto prevale, afferma la Cassazione tedesca, l'interesse dell'attore a far valere i propri diritti civili e il suo diritto al contraddittorio in collegamento con l'interesse generale al funzionamento effettivo della giustizia civile. L'interesse del convenuto alla tutela dei generici diritti della personalità e in particolare all'autodeterminazione della divulgazione delle informazioni che lo riguardano e della propria immagine può essere messo in secondo piano, dal momento che egli si è immesso volontariamente sulle strade pubbliche, esponendosi in conseguenza di ciò alla attenzione e osservazione degli altri autisti. Inoltre va anche considerata la particolare necessità probatoria nella veloce circolazione stradale odierna.

Infine, il diritto del convenuto alla tutela della privacy, così come degli altri autisti ripresi, sarebbe sufficientemente garantito dalle sanzioni previste in caso di violazione della normativa vigente.

Il tribunale, al quale la causa è stata rinviata, dovrà dunque ammettere quale valida prova la registrazione effettuata e sulla base di ciò pronunciarsi per il risarcimento dei danni lamentati dall'attore.

A colui che sta prendendo in considerazione l'installazione di una dashcam a seguito di questa sentenza, consigliamo peraltro in via preventiva: le sanzioni per la violazione delle norme sulla tutela della privacy potrebbero superare l'ammontare del risarcimento per i danni subiti (tanto guadagnato quanto perduto).

## IMMOBILIENSEITE

### Italien: PIR (Individuelle Sparpläne) ab 2018 auch für Immobiliengesellschaften

PIR auch für Immobiliengesellschaften: Dies ist die Neuheit des Haushaltsgesetzes 2018 für den italienischen Immobiliensektor, das die früheren Verbote für Immobilieninvestitionen aufgehoben hat, wie vom Markt gefordert, auch um die Wiederbelebung von Immobilieninvestitionen zu erleichtern. Die Gesetzesinitiative ist nicht unbedeutend, wenn man bedenkt, dass die Bauwirtschaft und die damit verbundenen Aktivitäten seit der Krise 2008 eine der kritischsten Phasen in der Geschichte erlebt haben.

In der Tat könnten die PIRs zum Schlüsselement für das Wirtschaftswachstum von Immobilienunternehmen werden, auch aufgrund der fünfjährigen Verpflichtung, den individuellen langfristigen Sparplan beizubehalten, um von der Steuerbefreiungsregelung für den Anleger zu profitieren.

Ab dem 1. Januar 2018 gelten daher auch für Immobiliengesellschaften die durch das Haushaltsgesetz 2017 eingeführten Regelungen für langfristige individuelle Sparpläne (PIR).

Langfristige individuelle Sparpläne sind ein Finanzinstrument, das in Italien ab dem 1. Januar 2017 aufgrund der Bestimmungen der Abs. 100-114 des Haushaltsgesetzes 2017 eingeführt wurde.

Adressaten sind natürliche Personen mit Wohnsitz im Staatsgebiet, die außerhalb ihrer Geschäftstätigkeit in PIR investieren. Einer der Hauptvorteile für Anleger in individuellen Sparplänen ist die steuerliche Entlastung von Kapitalgewinnen und -erträgen,

allerdings nur, wenn die Anlage länger als 5 Jahre erhalten bleibt. Darüber hinaus müssen Investitionen in das Kapital italienischer und europäischer Unternehmen bis zu einem Höchstbetrag von 30 TEuro pro Jahr und 150 TEuro über den Fünfjahreszeitraum getätigt werden.

Einer der Hauptanreize für italienische Steuerinländer, die es ihnen unter anderem ermöglichen, allein im ersten Jahr 11 Milliarden Euro aufzubringen, war daher zweifellos die Steuererleichterung für die Rendite, die aus einer vollständigen Befreiung von der Einkommensteuer und der Erbschaftsteuer besteht, wenn - wie gesagt - die Investition mindestens fünf Jahre lang aufrechterhalten wird. Tatsächlich unterliegt die Übertragung aufgrund des Todes der im Plan enthaltenen Finanzinstrumente nicht der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die in der Gesetzesverordnung Nr. 346 vom 31. Oktober 1990 (Art. 1, Paragraph 114, Gesetz Nr. 232/2016) vorgesehen ist. Mit der Verlegung des steuerlichen Wohnsitzes ins Ausland entfällt eine der gesetzlichen Voraussetzungen, um von dem Steuervorteil zu profitieren.

### Deutschland: Baukindergeld: Die neue Bundesregierung fördert den Hauskauf

Nach den Bestimmungen der Koalitionsverträge und den jüngsten Vereinbarungen zwischen den Regierungsparteien können Familien mit Kindern mit einem steuerpflichtigen Gesamteinkommen von bis zu 75.000 Euro pro Jahr, zuzüglich 15.000 Euro für jedes unterhaltsberechtigende Kind, für die Dauer von maximal 10 Jahren eine Leistung von 1.200,00 Euro pro Jahr erhalten.

Die Regierung hat soeben angekündigt, dass das Baukindergeld rückwirkend zum 1. Januar 2018 beantragt werden kann. In diesem Fall ist das Datum des Kaufvertrages oder der Baugenehmigung maßgebend. Da die Rahmenbedingungen für die Beantragung der Förderung noch nicht festgelegt sind, ist eine Beantragung der Förderung noch nicht möglich. Es wird davon ausgegangen, dass dies ab August 2018 möglich sein wird. Die KfW-Bank wird voraussichtlich für die Antragstellung und -bearbeitung zuständig sein.

Das Programm wird nach wie vor kritisiert, da behauptet wird, dass diese Subventionen nur denen helfen, die bereits über die finanziellen Mittel verfügen, ihre eigenen Immobilien zu erwerben, wobei zuletzt in Deutschland die Preise für Immobilien in bestimmten Regionen erheblich angezogen haben.

### Grundsteuerberechnungsmethode verfassungswidrig

Mit Urteil vom 10. April 2018 (1 BvL 11/14, 1 BvR 889/12, 1 BvR 639/11, 1 BvL 1/15, 1 BvL 12/14) hat das Bundesverfassungsgericht die derzeitige Berechnungsmethode der Grundsteuer für verfassungswidrig erklärt, weil sie nach Ansicht des Gerichts völlig veraltet war und zu einer gravierenden Ungleichbehandlung der Grundeigentümer führte. Das Verfassungsgericht hat dem Gesetzgeber eine Frist für die Genehmigung einer neuen Berechnungsmethode bis Ende 2019 gesetzt, nach der die derzeitige Regelung nicht mehr angewendet werden kann.

Die Koalitionsvereinbarungen der Regierung vom Februar 2018 sahen bereits eine Reform der Grundsteuer vor. GG

## ERBRECHT

### Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Nachfolgeregelung - Notwendigkeit für die Parteien, eine Rechtswahl zu prüfen

Der Europäische Gerichtshof hat am 1. März diesen Jahres ein wichtiges Urteil (Rechtssache C-558/16, Mahnkopf) zur europäischen Nachfolgeregelung zur Frage verkündet, wann deutsches Erbrecht anwendbar ist. Das Deutsche Recht ist vermutlich das einzige Recht in diesem Bereich das vorsieht, dass die eheliche Güterregelung den Anteil des überlebenden Ehegatten am Nachlass beeinflusst. Wenn die Ehegatten dem gesetzlichen Güterstand nach dem Zugewinnausgleich unterliegen, erhöht sich der Anteil des überlebenden Ehegatten am Nachlass um 1/4, um die Ansprüche des Ehegatten nach dem Güterstand pauschal auszugleichen. Mit anderen Worten, anstatt die Vermögenszuwächse der beiden Ehegatten während der Ehe zu berücksichtigen und jeden Betrag, der dem überlebenden Ehegatten

zusteht, zu liquidieren, wird ihm ein pauschaler Anteil von 1/4 der Erbschaft des Verstorbenen zugewiesen.

Der Europäische Gerichtshof hat mit seiner Entscheidung die Qualifizierung nach internationalem Privatrecht des § 1371 BGB, die der Bundesgerichtshof erst vor wenigen Jahren vorgenommen hatte, aufgehoben; er stellt fest, dass § 1371 BGB in allen Fällen anwendbar sei, in denen das deutsche Recht auf das eheliche Güterrecht anwendbar ist, unabhängig davon, welches Recht auf die Erbfolge anwendbar sei.

Der Europäische Beschluss stellt sicher, dass in dem nach deutschem Recht ausgestellten Europäischen Erbfolgezeugnis auch das Viertel, das dem Ehegatten als Ausgleich für das eheliche Güterrecht gewährt wird, berücksichtigt wird, und erhöht damit die Nutzung und Verbreitung dieses Instruments innerhalb der EU. Es stellen sich jedoch weitere Fragen,

z.B. wie ist der Fall zu betrachten, wenn die Ehegatten sich im Güterstand der Zugewinnngemeinschaft befinden, die Erbfolge jedoch dem Recht eines anderen Staates unterliegt: Hier erscheint es nicht fair, die Rechte des Ehegatten im Rahmen der ehelichen Güterregelung zu opfern. Die Anwender der Verordnung und dann auch die Gerichte werden nach einer Lösung suchen müssen, sofern der Gesetzgeber nicht eingreift. (siehe Dörner, ZEV 2018, 305).

Für eine ausgewogene Lösung für verheiratete oder zivilrechtlich vereinte Paare ist es sehr ratsam, die auf die Erbfolge und auf ihr eheliches Güterrecht anwendbaren Rechte zu koordinieren: Für italienische Paare, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben, könnte dies beispielsweise durch eine Rechtswahl zugunsten des auf die Erbfolge anwendbaren italienischen Rechts oder durch eine Rechtswahl in notarieller Form zugunsten des deutschen Rechts für ihre Vermögensbeziehungen geschehen.

## PAGINA IMMOBILIARE

### Italia PIR (Piani individuali di risparmio) dal 2018 anche per le società immobiliari

PIR anche per le società immobiliari: questa è la novità prevista dalla Legge di Bilancio 2018 per il settore immobiliare italiano, che ha abrogato i precedenti divieti imposti sugli investimenti immobiliari, come richiesto dal mercato anche al fine di agevolare la ripresa degli investimenti nel real estate. L'iniziativa legislativa non è di poco conto, se si considera che dalla crisi del 2008 ad oggi l'industria delle costruzioni e attività connesse hanno vissuto uno dei periodi più critici della storia

I PIR, infatti, potrebbero diventare la chiave di volta per la crescita economica delle società immobiliari, anche in virtù del vincolo di 5 anni di mantenimento del piano individuale di risparmio a lungo termine al fine di beneficiare del regime di esenzione fiscale previsto per l'investitore.

Quindi dal 1° gennaio 2018 anche le società immobiliari saranno ammesse alla disciplina dei piani individuali di risparmio a lungo termine (PIR) introdotti dalla Legge di Bilancio 2017.

I piani individuali di risparmio a lungo termine sono uno strumento finanziario introdotto in Italia a partire dal 1° gennaio 2017 per effetto di quanto previsto dai commi 100-114 della Legge di Bilancio 2017.

Destinatari sono le persone fisiche residenti nel territorio dello Stato che effettuano investimenti in PIR fuori dall'esercizio di attività d'impresa. Tra i principali vantaggi per chi investe in piani individuali di risparmio vi è la detassazione dalle imposte su redditi da capitale e rendimenti conseguiti, ma soltan-

to qualora l'investimento venga mantenuto per più di 5 anni. Inoltre gli investimenti vanno fatti nel capitale di imprese italiane ed europee nei limiti di 30mila euro all'anno e di 150mila euro nel quinquennio.

Uno degli incentivi maggiori dei risparmiatori fiscalmente residenti in Italia, che ha tra l'altro permesso di raccogliere 11 miliardi di euro nel solo primo anno, è stata quindi senz'altro l'agevolazione fiscale sui rendimenti, consistente nell'esenzione totale dall'imposta sui redditi e dall'imposta di successione qualora l'investimento sia mantenuto per almeno cinque anni. Infatti, il trasferimento a causa di morte degli strumenti finanziari detenuti nel piano non è soggetto all'imposta sulle successioni e donazioni prevista dal Decreto Legislativo 31 ottobre 1990, n. 346 (art. 1, comma 114, Legge n. 232/2016). Il trasferimento della residenza fiscale all'estero fa venir meno uno dei requisiti posti dalla legge per fruire dell'agevolazione.

### Germania Baukindergeld: la nuova forma di incentivo all'acquisto della propria abitazione del nuovo governo di coalizione tedesco.

Secondo quanto previsto negli accordi di coalizione, e secondo le ultime intese tra i partiti di governo, le famiglie con figli, con un reddito tassabile complessivo fino a 75.000 Euro annui, più 15.000 Euro per ogni figlio a carico, potranno ricevere un sussidio di 1.200,00 Euro all'anno per ogni figlio per una durata massima di 10 anni.

Il governo ha da poco annunciato che il Baukindergeld potrà essere richiesto retroattivamente a partire dal 1 gennaio 2018. In tal caso sarà decisiva

la data del contratto di acquisto o del permesso a costruire (Baugenehmigung). Visto che ancora non sono state stabilite le condizioni quadro per la richiesta del sussidio, non è ancora possibile presentare la domanda. Si presume che ciò sia possibile a partire da Agosto 2018. Con ogni probabilità sarà la KfW-Bank competente per la presentazione e l'evasione delle domande.

Il programma è peraltro, come in passato, oggetto di critica, in quanto si sostiene che tali sussidi aiutino solo quelli che hanno già le possibilità economiche di acquistare un proprio immobile, anche in considerazione dei prezzi da ultimo raggiunti dagli immobili soprattutto in certe regioni.

### Incostituzionalità del metodo di calcolo della Grundsteuer (imposta comunale sugli immobili)

Con sentenza del 10. April 2018 (1 BvL 11/14, 1 BvR 889/12, 1 BvR 639/11, 1 BvL 1/15, 1 BvL 12/14) La Corte Costituzionale tedesca (Bundesverfassungsgericht) ha ritenuto l'attuale metodo di calcolo della Grundsteuer incostituzionale, in quanto secondo la Corte sarebbe del tutto sorpassata e condurrebbe ad una grave disparità di trattamento tra proprietari di immobili. La Corte ha imposto al legislatore un termine per approvare un nuovo metodo di calcolo entro la fine del 2019, dopo di che le attuali regole non potranno più essere applicate.

Negli accordi di coalizione del governo del febbraio 2018 era in realtà già prevista anche una riforma della Grundsteuer. GG

## SUCCESSIONI

### Sentenza della Corte europea di Giustizia sul regolamento successioni, necessità per le parti di valutare una scelta di legge

La corte di giustizia europea ha emesso il 1 marzo di quest'anno (causa C-558/16, Mahnkopf) in merito al regolamento europeo sulle successioni una sentenza importante nel caso in cui sia applicabile il diritto delle successioni tedesco. Occorre ricordare che il diritto tedesco, probabilmente unico in questo, prevede che il regime patrimoniale tra i coniugi incida sulla quota di eredità del coniuge superstite. In particolare nel caso in cui tra i coniugi viga il regime patrimoniale legale secondo il diritto tedesco del conguaglio differito degli incrementi patrimoniali (Zugewinnausgleich), la quota di eredità del coniuge superstite si incrementa di 1/4 e ciò per compensare in maniera forfettaria le aspettative del coniuge basate sul regime patrimoniale. In altri termini, invece di procedere al computo degli incre-

menti patrimoniali dei due coniugi durante il matrimonio e alla liquidazione dell'importo eventualmente spettante al coniuge superstite, gli viene assegnata una quota forfettaria di 1/4 dell'eredità del de cuius. La corte europea ha così ribaltato la qualificazione internazionalprivatistica del § 1371 BGB, rispetto a quanto solo pochi anni fa deciso dalla corte federale tedesca, la quale aveva ritenuto tale norma applicabile in tutti i casi in cui alle regime patrimoniale dei coniugi si applicasse il diritto tedesco, indipendentemente da quale diritto si applicasse alla successione.

La decisione europea garantisce che nel certificato di successione europea emesso in applicazione del diritto tedesco venga considerato anche il quarto assegnato al coniuge in compensazione del regime patrimoniale, ed in tal senso è funzionale all'utilizzo e alla circolazione di questo strumento all'interno dell'UE. Tuttavia si aprono ulteriori que-

stioni, tra cui ad esempio come debba essere considerato il caso in cui i coniugi siano in regime di conguaglio differito degli incrementi patrimoniali, ma alla successione si applichi il diritto di un altro stato: non pare equo che vengano sacrificati i diritti ex regime patrimoniale per il coniuge. Gli interpreti prima ed i giudici pùoi dovranno cercare una soluzione, sempre che non intervenga il legislatore. (si veda Dörner, ZEV 2018, 305).

Per una soluzione equilibrata per le coppie sposate o unite civilmente è fortemente consigliabile coordinare i diritti applicabili alla successione ed al loro regime patrimoniale: per esempio per le coppie di italiani residenti abitualmente in Germania ciò potrebbe avvenire con una scelta di legge nel testamento a favore della legge italiana applicabile alla successione, oppure con una scelta di legge in forma notarile a favore del diritto tedesco per i loro rapporti patrimoniali.

## INFORMATIONEN FÜR KOLLEGEN

### Selbstanzeige gegen den Wunsch des Mandanten: Keine Haftung

Der Mandantenbrief berichtete in den letzten Ausgaben wiederholt über das in Deutschland verbreitete Phänomen, den eigenen Rechtsanwalt zu verklagen, wenn das Beratungs- oder Prozessergebnis sich nicht wunschgemäß einstellt. In einem nicht alltäglichen Fall hat sich der BGH jetzt auf die Seite des Rechtsanwalts gestellt.

Eine Apothekerin gewährte einem befreundeten Rechtsanwalt ein Darlehen, das sie, um die Zahlungen unrechtmäßig von der Steuer abzusetzen, als Zahlungen auf fingierte Rechtsanwaltsrechnungen deklarierte. Als der Rechtsanwalt starb und die Erbin von einer Rückzahlung der „Darlehensraten“ nichts wissen wollte und diese sogar mit der Drohung einer Anzeige erpresste, ärgerte sich die Apothekerin und beauftragte einen anderen Rechtsanwalt, eine Selbstanzeige an das Finanzamt zu entwerfen. Die Mandantin und der Rechtsanwalt waren sich dabei einig, die entworfenen Anzeige noch nicht beim Finanzamt einzureichen. Aufgrund eines Büroversehens - der Rechtsanwalt hatte sein Büro offensichtlich nicht im Griff - wurde die Anzeige dennoch eingereicht mit der Folge, dass das Finanzamt gegen die Apothekerin eine erhebliche Steuernachzahlung festsetzte. Diesen Schaden klagte die Apothekerin gegen ihren Rechtsanwalt ein.

Der BGH (Urteil vom 9.11.2017, IX ZR 270/16) erinnert daran, dass auch ein entgangener Steuervorteil grundsätzlich nur als Schaden geltend gemacht werden kann, wenn er rechtmäßig und nicht unter Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot hätte erlangt werden können. Da die Mandantin hier vorsätzlich Steuern verkürzt hat und sich über die Rechtswidrigkeit der Zahlungen im Klaren war, liegt ein erstattungsfähiger Schaden nicht vor. Der Nachteil des Rechtsanwaltes beschränkt sich also darauf, eine (vielleicht gute) Mandantin verloren zu haben.

### Haftung als Liquidator gegenüber übergangenen Gläubigern

Sowohl in Deutschland wie auch in Italien müssen die Gesellschafter, die eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung liquidieren wollen, ein Liquidationsverfahren beschließen und einen Liquidator bestellen. Soweit dieser nicht aus dem Gesellschafterkreis selbst ernannt wird, wird in der Regel ein Rechtsanwalt oder Steuerberater beauftragt. Dieser muss dann das Gesellschaftsvermögen liquidieren und die Gläubiger befriedigen.

In einem vom BGH entschiedenen Fall hatte ein als Liquidator tätiger Rechtsanwalt einen Gläubiger schlicht vergessen und das Liquidationsverfahren abgeschlossen. Mit einer dogmatisch interessanten, aber im Ergebnis für den Rechtsanwalt unbefriedigenden Entscheidung, stellte der BGH fest, dass § 73 III GmbH kein Schutzgesetz sei, so dass der Rechtsanwalt nicht aus § 823 II BGB hafte, aber in jedem Fall aus einer entsprechenden Anwendung einer Vorschrift aus dem Aktiengesetz (§§ 268 II, 93 V AktG). Man kann den Kollegen also nur empfehlen, sich bei der Berufshaftpflichtversicherung zu erkundigen, ob diese auch Risiken aus Liquidationstätigkeit deckt.

### Meldepflicht für Rechtsanwälte bei „aggressiven Steuerplanungen“

Die EU-Finanzminister haben sich am 13.03.2018 auf die von der Kommission vorgeschlagenen Transparenzvorschriften für Intermediäre wie Banken, Steuerberater und Anwälte geeinigt. Danach müssen Rechtsanwälte, die ihren Kunden bestimmte grenzüberschreitende Steuersparmodelle vermitteln, ab Juli 2020 diese den Finanzämtern mitteilen.

Bei dieser Gelegenheit wurden drei Länder und Gebiete von der schwarzen Liste auf die graue Liste verschoben: Saint Lucia, die Marshallinseln und Bahrain (EU-Kommission, Pressemitteilung vom 13.03.2018).

### Grenzüberschreitende Prozesskostenhilfe

Verklagt eine im EU Ausland wohnhafte Arbeitnehmerinnen in Deutschland ihren Arbeitgeber und möchte sie hierfür Prozesskostenhilfe beantragen, so umfasst die Prozesskostenhilfe nicht nur die Anwalts- und Gerichtskosten, sondern auch die nötigen Übersetzungskosten, um die erforderlichen Formulare zu übersetzen. Das hat das Bundesarbeitsgericht in Zusammenhang mit einer Klage einer tschechischen Arbeitnehmerin entschieden, die Entscheidung ist aber auch auf italienische Arbeitnehmer anwendbar, die etwa nach einem Arbeitsaufenthalt in Deutschland, der nicht ordentlich vergütet wurde, aus Italien ihren Arbeitgeber verklagen möchten (BAG Urteil vom 29. 6. 2017, 2 AZR 47/16).

### Italien: Fremdsprachige Beweisangebote sind von Amts wegen zu übersetzen

Auch in Italien wird der Staat gefordert: Während die Partei, die in Italien einen Prozess führen möchte - mit Ausnahme Südtirols - die Klage und die nachfolgenden Schriftsätze auf Italienisch verfassen muss, ist sie nicht verpflichtet, die Anlagen und Beweisangebote ebenfalls in italienischer Sprache vorzulegen. Diese parteienfreundliche Entscheidung hat der Kassationshof am 18. Mai 2015 getroffen (10125/15). Danach hat der erkennende Richter nur die Möglichkeit, die fremdsprachige Urkunde aus eigener Sprachkompetenz zu werten. Ist er dazu nicht in der Lage, muss er eine Übersetzung einholen.

### Fällt die Wertgrenze für Nichtzulassungsbeschwerden?

In Deutschland ist der Zugang zum obersten ordentlichen Gericht (Bundesgerichtshof) zunächst nur zulässig, wenn das Oberlandesgericht die Revision gegen die eigene Entscheidung zugelassen hat. Gegen die Entscheidung, die Revision nicht zuzulassen, kann sich die unterlegene Partei mit der sogenannten Nichtzulassungsbeschwerde an den BGH beschweren. Um dem Bundesgerichtshof nicht mit Bagateltsachen aller Art zu belasten, wurde übergangsweise eine Wertgrenze von 20.000 Euro festgelegt; diese läuft nun zum 30.6.2018 aus. In Deutschland ist zur Zeit eine Diskussion im Gange, ob der Zugang zum BGH generell zu eröffnen ist, oder ob die Wertgrenze beibehalten werden soll. Bei Redaktionsschluss stand das Ergebnis nicht fest.

### Umsatzsteuer vs. Mandatsgeheimnis

Wie der Bundesfinanzhof (27.9.2017, XI R 15/15) entschieden hat, muss der Rechtsanwalt mandatsbezogene Daten bei Beratungsleistungen an Unternehmen im EU-Ausland gegenüber den Steuerbehörden offenbaren. Auch im deutsch-italienischen Rechtsverkehr können deutsche Anwälte an italienische Unternehmen (und umgekehrt) ihre Leistungen im reverse charge Verfahren ohne Mehrwertsteuer in Rechnung stellen. Das Finanzamt hat aber dann das Recht, die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer des Empfängers, also des Mandanten zu erfahren. Die betroffenen Rechtsanwälte wehrten sich vergeblich mit dem Hinweis, dass auch die Tatsache der Mandatserteilung an sich unter die anwaltliche Verschwiegenheitspflicht falle. Der BFH war hier aber der Auffassung, dass bereits mit Mandatsverteilung eine stillschweigende Einwilligung zur Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht in diesem Punkt erfolgt war.

### Deutsche Rechtsanwälte in Italien: Pflichtmitgliedschaft im italienischen Versorgungswerk für Rechtsanwälte, die in mehreren Unionsländern zugelassen sind

Der oberste italienische Gerichtshof hat mit Urteil Nr. 6776 vom 19. März 2018 konkrete Kriterien für die Pflichtmitgliedschaft im italienischen Versorgungswerk und den hieraus folgenden Beitragspflichten europäischer Anwälte genannt: Rechtsanwälte mit Zulassung in mehreren Unionsländern sind der vollen Beitragspflicht des italienischen Versorgungswerks unterworfen, wenn

- der Anwaltsberuf dauerhaft im Wesentlichen in Italien ausgeübt wird,
- der wesentliche Teil der Einkünfte hieraus in Italien erzielt wird und steuerpflichtig ist,
- der Wohnsitz oder der Lebens- und Interessenmittelpunkt in Italien liegt.

Die Corte di Cassazione hat ein Wahlrecht des Rechtsanwaltes im Hinblick auf die gewünschte Pensionskasse unter Verweis auf die zwingende Natur der zugrunde liegenden Vorschriften des italienischen Sozialversicherungsrechts ausdrücklich ausgeschlossen.

Dem in Italien dauerhaft tätigen deutschen Rechtsanwalt bleibt somit nur die Wahl zwischen einer freiwilligen Doppelpflicht und einem Antrag auf Befreiung von der Pflichtmitgliedschaft seines deutschen Versorgungswerks.

### Kein immaterieller Schadensersatzanspruch für den zu unrecht nicht zugelassenen deutschen Rechtsanwalt in Italien

Der Kassationshof hat dem deutschen Kollegen, der zu Unrecht in Italien an der Ausübung seiner anwaltlichen Tätigkeit gehindert wurde, einen immateriellen Schadensersatz für den Imageverlust verweigert. Der sich aus dem Verdienstausfall ergebende Schadensersatzanspruch wurde demgegenüber reguliert (10469/18, 3.05.2018)



## INFORMAZIONI PER COLLEGHI

### **Voluntary disclosures contro la volontà del cliente: Nessuna responsabilità!**

La lettera ai clienti ha riportato nelle ultime edizioni ripetutamente il fenomeno comune in Germania di citare in giudizio il proprio avvocato, se il risultato della consulenza o del processo non si regola come desiderato. In un caso insolito, la BGH si è schierata dalla parte dell'avvocato.

Un farmacista ha concesso un prestito a un amico avvocato, ma dichiarando l'esborso come pagamenti su note fittizie del collega al fine di detrarre illegalmente i pagamenti dalle imposte. Quando l'avvocato morì e l'ereditiera non volle sapere nulla sul rimborso delle „rate del prestito“ e lo ricattò minacciando una denuncia, il farmacista fu infastidito e incaricò un altro avvocato di redigere una dichiarazione volontaria all'agenzia delle entrate (voluntary disclosure). Il cliente e l'avvocato hanno tuttavia convenuto di non presentare ancora l'autodenuncia. A causa di una svista dello studio - l'avvocato ovviamente non aveva tutto sotto controllo - la denuncia è stata comunque presentata con la conseguenza che l'ufficio delle imposte ha accertato ed escusso una ingente imposta. Il farmacista ha citato in giudizio il suo avvocato per questi danni.

La BGH (sentenza del 9.11.2017, IX ZR 270/16) sottolinea che anche un vantaggio fiscale perduto può essere rivendicato come danno solo se ottenuto legalmente e non in violazione di un divieto legale. Poiché il cliente ha deliberatamente sottratto le tasse ed era consapevole dell'illegalità della sua omissione, non vi è alcun danno risarcibile. Lo svantaggio di un avvocato è quindi limitato alla perdita di un cliente (forse buono).

### **Responsabilità in qualità di liquidatore nei confronti dei creditori ceduti**

Sia in Germania che in Italia, gli azionisti che intendono liquidare una società a responsabilità limitata devono decidere in merito alla procedura di liquidazione e nominare un curatore. Nella misura in cui questo non viene nominato dalla cerchia degli azionisti stessi, di solito viene nominato un avvocato o un consulente fiscale. Quest'ultimo deve quindi liquidare l'attivo dell'impresa e soddisfare i creditori.

In un caso deciso dal Tribunale federale, un avvocato che fungeva da liquidatore aveva semplicemente dimenticato un creditore e aveva concluso la procedura di liquidazione. Con una decisione dogmaticamente interessante, ma con risultato insoddisfacente per l'avvocato, il BGH ha stabilito che § 73 III GmbH non è legge di tutela, in modo che il procuratore non è responsabile da § 823 II BGB, ma in ogni caso da una analoga applicazione di un regolamento della legge sulle società per azioni (§§ 268 II, 93 V AktG). Pertanto, possiamo solo raccomandare ai colleghi di chiedere alla loro assicurazione di responsabilità civile professionale se copre anche i rischi derivanti dall'attività di liquidatore.

### **Obbligo per gli avvocati di segnalare „pianificazione fiscale aggressiva“**

Il 13 marzo 2018 i ministri delle finanze dell'UE hanno approvato le regole di trasparenza proposte dalla Commissione per intermediari quali banche, consulenti fiscali e avvocati. In base a questa legge, dal luglio 2020, gli avvocati che brokerano determinati modelli di risparmio fiscale transfrontaliero per i loro clienti devono notificarlo alle autorità fiscali.

In tale occasione, tre paesi e territori sono stati spostati dalla lista nera alla lista grigia: Santa Lucia, le Isole Marshall e il Bahrein (Commissione europea, comunicato stampa del 13.3.2018).

### **Patrocinio gratuito transfrontaliero**

Se un lavoratore dipendente residente in un altro paese dell'UE intenta un'azione legale contro il suo datore di lavoro in Germania e desidera ottenere il patrocinio gratuito a tal fine, questo non comprende solo le spese legali e giudiziarie, ma anche le spese di traduzione necessarie per tradurre i moduli necessari. Questa decisione è stata presa dal Tribunale federale del lavoro in relazione a un ricorso presentato da un lavoratore ceco, ma si applica anche ai lavoratori italiani che intendono citare in giudizio il loro datore di lavoro dall'Italia dopo un periodo di lavoro in Germania, ad esempio, che non è stato adeguatamente retribuito (sentenza BAG del 29 giugno 2017, 2 AZR 47/16).

### **Italia: le offerte di prova in lingua straniera devono essere tradotte d'ufficio.**

Anche in Italia lo Stato è chiamato in causa: La parte che intende svolgere un procedimento in Italia - ad eccezione dell'Alto Adige - deve redigere il ricorso e le successive memorie in lingua italiana, ma non è tenuta a presentare gli allegati e le offerte di prova in lingua italiana. Questa decisione favorevole alle parti è stata presa dalla Corte di Cassazione il 18 maggio 2015 (10125/15). In base a ciò, il giudice decidente ha solo la possibilità di valutare il documento in lingua straniera in base alle proprie competenze linguistiche. Se non è in grado di farlo, deve procurarsi una traduzione.

### **Cade il limite di valore per i ricorsi di non ammissione?**

In Germania, l'accesso alla Corte Suprema (Corte Federale di Giustizia) è inizialmente consentito solo se la Corte d'appello permette un ricorso contro la propria decisione. La parte soccombente può adire il Tribunale federale contro la decisione di non permettere il ricorso. Per non appesantire la Corte federale di giustizia con casi di modesta entità di ogni genere, è stato fissato un limite di valore transitorio di 20 000 euro, che scadrà il 30 giugno 2018. In Germania è attualmente in corso una discussione sull'opportunità di aprire l'accesso alla BGH in generale o di mantenere il limite di valore. Il risultato non era noto al momento di andare in stampa.

### **IVA vs. segreto professionale**

Come deciso dal Tribunale federale tributario (27.9.2017, XI R 15/15), l'avvocato è tenuto a comunicare all'amministrazione fiscale i dati dei clienti relativi a prestazioni a società di altri Stati membri dell'UE. Anche nei rapporti giuridici italo-tedeschi, gli avvocati tedeschi possono fatturare alle imprese italiane senza IVA (reverse charge). Tuttavia, l'ufficio delle imposte ha il diritto di conoscere il numero di identificazione dell'imposta sulle vendite del destinatario, ossia il cliente. Gli avvocati interessati si sono difesi invano, sottolineando che il fatto del conferimento del mandato è anche di per sé soggetto all'obbligo di riservatezza dell'avvocato. Il Tribunale federale delle finanze ha tuttavia ritenuto che, anche con il conferimento del mandato, vi fosse già stato un implicito consenso alla limitazione dell'obbligo di riservatezza su questo punto.

### **Avvocati tedeschi in Italia: affiliazione obbligatoria al sistema pensionistico italiano per avvocati ammessi in diversi paesi dell'UE**

La Corte di Cassazione, con sentenza n. 6776 del 19 marzo 2018, ha stabilito criteri specifici per l'adesione obbligatoria al sistema pensionistico italiano e i conseguenti obblighi contributivi degli avvocati europei: Gli avvocati abilitati in diversi paesi dell'UE sono soggetti all'obbligo contributivo totale dell'ente pensionistico italiano se

- la professione di avvocato è esercitata in modo permanente, principalmente in Italia,
- la maggior parte dei proventi è generata in Italia ed è imponibile,
- il luogo di residenza o il centro della vita e degli interessi è in Italia.

La Corte di Cassazione ha espressamente escluso un diritto dell'avvocato di scegliere l'istituto di previdenza, invocando l'obbligatorietà delle disposizioni di base della legislazione italiana in materia di previdenza sociale.

L'avvocato tedesco che lavora stabilmente in Italia può quindi scegliere soltanto tra un doppio pagamento volontario e una domanda di esenzione dall'affiliazione obbligatoria al suo regime pensionistico tedesco.

### **Nessuna richiesta intangibile di risarcimento danni per l'avvocato tedesco ingiustamente non ammesso in Italia**

La Corte di cassazione ha rifiutato di riconoscere al collega tedesco, al quale è stato ingiustamente impedito di esercitare la professione legale in Italia, danni immateriali per la perdita di immagine. La richiesta di risarcimento danni per il mancato guadagno è stata invece liquidata (10469/18 del 3.05.2018).

## VERTRIEBSRECHT

### Handelsvertreter: Fristlose Kündigung bei Nichterteilung des Buchauszuges / Anscheinsbeweis für Kundenwerbung

Eine für das deutsche Handelsvertreterrecht interessante Entscheidung hat der BGH mit Urteil vom 14.7.2017 (9 U 9/15) getroffen. Nach deutschem Recht kann der Handelsvertreter gegen den Unternehmer einen Anspruch auf Erteilung eines Auszugs aus den Geschäftsbüchern des Unternehmens geltend machen, aus dem sich alle provisionspflichtigen Geschäfte ergeben müssen. Dies kann für den Unternehmer einen erheblichen Aufwand darstellen und es ist nachvollziehbar, dass sich im entschiedenen Fall der Unternehmer geweigert hatte, den Auszug zu erstellen. Der BGH hat jetzt entschieden, dass in diesem Fall der Handelsvertreter ein Recht auf fristlose Kündigung des Vertrages zusteht, mit der Folge dass dieser Schadensersatzansprüche geltend machen kann.

Bei der Bezifferung des Ausgleichsanspruches ist in der Regel festzustellen, ob ein Kunde des Unternehmens vom Handelsvertreter neu akquiriert wurde. Der BGH hat in derselben Entscheidung die Regel aufgestellt, dass wenn das erste Geschäft des Unternehmers mit dem Kunden in die Vertragszeit des Handelsvertreters fällt, ein Anscheinsbeweis dafür spricht, dass der Handelsvertreter diesen auch akquiriert hat. Es liegt also am Unternehmer dann, das Gegenteil zu beweisen.

### Online-Kauf ohne Grenzen: Geoblocking-Verordnung ab dem 3.12.2018

Mit der sogenannten Geoblocking-Verordnung (302/2018) soll ungerechtfertigte Diskriminierung bei Online-Käufen auf der Grundlage der Staatsangehörigkeit, des Wohnortes oder des Ortes der Niederlassung innerhalb des Binnenmarkts beendet werden. Online Händler werden damit gezwungen, in alle EU-Länder zu grundsätzlich gleichen Bedingungen zu verkaufen. Die heute noch bestehenden Zugangsbeschränkungen („Geoblocking“) sind dann unzulässig. Die Verpflichtung bezieht sich aber allein auf den Verkauf und nicht auf die Lieferung; für den Transport hat dann der Käufer selbst zu sorgen.

Die Verordnung trat zwar bereits am 23. März 2018 in allen EU-Mitgliedstaaten in Kraft, wird aber erst ab dem 3. Dezember 2018 angewendet, um insbesondere kleinen Händlern die Möglichkeit zur Anpassung zu geben.

### Luxus nicht über Amazon

Der EuGH hat in seiner Entscheidung vom 6.12.2017 (C-230/16) festgestellt, dass ein selektives Vertriebssystem für Luxuswaren nicht grundsätzlich dem Verbot der Marktbeschränkung gem. Art 101 I AEUV unterliegt. In dem zugrunde liegenden Fall wollte ein Anbieter von Luxuskosmetika einem Einzelhändler in einem Betriebsvertrag untersagen, diese über Amazon zu vertreiben. Der EuGH erkennt,

dass bei Luxuswaren auf die „Aura des Luxus“ als Qualitätsmerkmal zu schützen sei und dass dieses durch den Vertrieb auf Allvertriebsplattformen gefährdet werden könne.

### Asics ist kein Luxus

Dagegen hat der BGH (KVZ 41/17) am 12. Dezember 2017 entschieden, dass ASICS seinen Händlern nicht generell verbieten darf, Preissuchmaschinen zu nutzen. Pauschale Verbote, die nicht an qualitative Anforderungen anknüpfen, sind unzulässig. Der Kartellverstoß sei so offensichtlich, dass die Frage keiner weiteren Klärung in einer mündlichen Verhandlung und auch keiner Vorlage an den Europäischen Gerichtshof bedürfe.

### Ruhe bewahren bei nachvertraglichem Wettbewerbsverbot

Eine für Handelsvertreter, Geschäftsführer und Arbeitnehmer gleichfalls bedeutende Entscheidung hat das Bundesarbeitsgericht am 31.1.2017 (10 AZR 392/17) getroffen. Sowohl in Italien wie auch in Deutschland ist ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot nur dann wirksam, wenn der betroffene Vertreter oder Arbeitnehmer eine Entschädigung hierfür erhält (sogenannte Karenzentschädigung). Nach deutschem Recht muss sie mindestens 50 % der durchschnittlichen Arbeitsvergütung betragen.

In dem entschiedenen Fall war der Arbeitgeber mit dieser Zahlung in Verzug. Das ärgerte den Arbeitnehmer der Art, dass er den Arbeitgeber nicht nur anmahnte, sondern ihm auch schrieb, dass er sich ab sofort nicht mehr an das Wettbewerbsverbot gebunden fühlen würde. Zu seiner Überraschung war ihm der Arbeitgeber dafür dankbar und zahlte in der Folgezeit überhaupt keine Entschädigung mehr.

Das Bundesarbeitsgericht gab dem Arbeitgeber Recht und legte die Drohung des Arbeitnehmers als Kündigung der Vereinbarung aus. Der Arbeitnehmer ging damit ganz leer aus.



Ruhe bewahren – *mantenere la calma*

## DATENSCHUTZ

### Facebook: Zur anonymen Anmeldung verurteilt

Noch vor Inkrafttreten der DSGVO hat das Landgericht Berlin (Urteil vom 16.1.2018, 16 O 341/15) festgestellt, dass Facebook mit seinen Voreinstellungen sowie Teilen der Nutzungs- und Datenschutzbedingungen gegen geltendes Datenschutzrecht verstößt; unzulässig ist insbesondere die Klausel, mit der sich Nutzer verpflichten, auf Facebook nur ihre echten Namen und Daten zu verwenden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

### Inkrafttreten der DSGVO

Nach Inkrafttreten der DSGVO sind viele Fragen offen; eine für jedes werbende Unternehmen ungelöste Frage ist, ob eine sogenannte Profilbildung, also die Bildung und Auswertung eines unter einem Pseudonym gespeicherte Datensammlung der jeweiligen Anfragen, noch zulässig ist. Danach der DSGVO nur jene Cookies ohne Einwilligung eingesetzt werden dürfen, die technisch für die Darstellung der Webseite erforderlich sind, müsste auch hierzu eine ausdrückliche Zustimmung eingeholt werden. In den nächsten Mandantenbrief werden vielleicht schon einige Entscheidungen zur DSGVO veröffentlicht werden können, die dann mehr Klarheit bringen.

Ein weiterer interessanter Gesichtspunkt des neuen Datenschutzrechts ergibt sich aus Art. 82 Abs. 1 DSGVO; danach haftet der Verletzte auch für immaterielle Schäden aus Verletzung des Persönlichkeitsrechts. Während die deutsche Rechtsprechung bislang sehr sparsam bei der Bezifferung immaterieller Schäden erfolgt ist, kann dies in Italien schon zu erheblichen Summen führen.

## GESCHICHTE

### Haftung Deutschlands für Verbrechen der Wehrmacht

Der Mandantenbrief hat in der Vergangenheit wiederholt über die Frage der Staatenimmunität bei der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen aus Verbrechen der Wehrmacht und der nationalsozialistischen Organisationen, die sich in Italien im Zweiten Weltkrieg ereignet haben, berichtet. Dass auch nach dem Urteil des IGH vom 3.2.2012, in dem Deutschland obsiegt hatte, keine Ruhe eingekehrt ist, zeigt sich in den vielen Entscheidungen der ital. Ziviljustiz, die zumindest in Deutschland nicht für vollstreckbar erklärt werden können. Hieran schließt sich eine Entscheidung des Landgerichts Sulmona, das in Zusammenhang mit der Ermordung von 128 Einwohnern durch die deutsche Wehrmacht in Roccaraso die Bundesrepublik zum Schadensersatz verurteilt hat. Auch hier stützt sich das italienische Gericht auf das nachvollziehbare Argument, dass Staatenimmunität nur für Kriegshandlungen gilt, nicht auch für die über Kriegshandlung hinausgehenden - vom Staat nicht nur tolerierte sondern auch geförderte - Barbareien.

## PRIVACY

### Facebook: Condannata a registrarsi in forma anonima

Già prima dell'entrata in vigore del GDPR, il Tribunale di Berlino (sentenza del 16 gennaio 2018, 16 O 341/15) aveva stabilito che Facebook, con le sue impostazioni predefinite e parte delle condizioni d'uso e di protezione dei dati, violava la legge vigente in materia di protezione dei dati; in particolare, non era ammissibile la clausola che obbligava gli utenti a utilizzare su Facebook solo il loro vero nome e i loro dati. La sentenza non è ancora passata in giudicato.

### Entrata in vigore del GDPR

Dopo l'entrata in vigore del GDPR molte domande rimangono aperte; una questione irrisolta per ogni azienda pubblicitaria è se una cosiddetta formazione di profilo, ossia la creazione e la valutazione di una raccolta dati delle relative richieste memorizzate sotto un pseudonimo, sia ancora ammissibile. Dopo l'entrata in vigore del GDPR, solo quei cookies che sono tecnicamente necessari per la presentazione del sito web possono essere utilizzati senza consenso, per gli altri un consenso esplicito sarebbe necessario. Nella successiva lettera del cliente potrebbe già essere possibile pubblicare alcune decisioni relative al GDPR, il che porterebbe a una maggiore chiarezza.

Un altro aspetto del GDPR è il diritto al risarcimento da violazione dei diritti della personalità ai sensi dell'art. 82, co. 1, GDPR, che comporterebbe oltre al risarcimento dei danni materiali anche il risarcimento di danni immateriali. La giurisprudenza tedesca è stata finora molto parsimoniosa per quanto riguarda la quantificazione dei danni immateriali, mentre questo può portare a somme considerevoli in Italia.

## STORIA

### Responsabilità della Germania per i reati commessi dalla Wehrmacht

La lettera ai clienti ha ripetutamente riferito in passato circa la questione dell'immunità dello Stato nella richiesta di risarcimento danni derivanti dai crimini commessi dalla Wehrmacht e dalle organizzazioni nazionalsocialiste in Italia durante la seconda guerra mondiale. Che anche dopo la sentenza della Corte internazionale di giustizia del 3.2.2012, in cui la Germania era uscita vittoriosa, non è tornata pace, si manifesta nelle molte decisioni della giustizia italiana che, almeno in Germania, non possono essere dichiarate esecutive. Ad esse si aggiunge una sentenza del Tribunale di Sulmona, che ha condannato la Repubblica federale di Germania al risarcimento dei danni provocati dall'omicidio di 128 abitanti a Roccaraso perpetrato dalla Wehrmacht tedesca. Anche in questo caso il Tribunale italiano si basa sulla comprensibile argomentazione che l'immunità statale si applica solo agli atti di guerra, non anche alle barbarie che vanno oltre gli atti di guerra - non solo tollerate ma addirittura incentivate dallo Stato stesso.

## DISTRIBUZIONE

### Agente commerciale Disdetta senza preavviso in caso di mancata emissione dell'estratto del libro contabile / prova prima facie di acquisizione del cliente

Con sentenza del 14 luglio 2017 (9 U 9/15), la Corte federale suprema (BGH) ha preso una decisione interessante per la legge tedesca sugli agenti commerciali. In base al diritto tedesco, l'agente commerciale può rivendicare nei confronti dell'imprenditore un estratto dei libri contabili della società, dal quale devono risultare tutte le transazioni soggette a provvigione. Ciò può rappresentare uno sforzo considerevole per l'imprenditore ed è comprensibile che nel caso deciso l'imprenditore si sia rifiutato di fornire l'estratto. Il BGH ha ora deciso che in questo caso l'agente commerciale ha il diritto di recedere dal contratto senza preavviso, con la conseguenza che può far valere le sue pretese di risarcimento danni.

Nella quantificazione della richiesta di risarcimento danni è generalmente necessario determinare se un cliente della società sia stato acquisito di recente dall'agente commerciale. Nella stessa decisione, il BGH ha stabilito la regola secondo cui se la prima transazione commerciale dell'imprenditore con il cliente ricade nel periodo contrattuale dell'agente commerciale, vi sono prove prima facie che anche l'agente commerciale ha acquisito quest'ultimo. Spetta quindi all'imprenditore dimostrare il contrario.

### Acquisto online senza limiti: Ordinanza sui geoblocchi dal 3.12.2018

Il cosiddetto regolamento sul blocco dei pagamenti (302/2018) mira a porre fine alla discriminazione ingiustificata negli acquisti online sulla base della nazionalità, del luogo di residenza o del luogo di stabilimento nel mercato interno. I commercianti on-line sono quindi costretti a vendere a tutti i paesi dell'UE alle stesse condizioni. Le restrizioni d'accesso esistenti („geoblocco“) sono quindi inammissibili. Tuttavia, l'obbligo riguarda esclusivamente la vendita e non la consegna; in tal caso il trasporto è a carico dell'acquirente.

Sebbene sia entrato in vigore in tutti gli Stati membri dell'UE il 23 marzo 2018, il regolamento sarà applicato solo a partire dal 3 dicembre 2018, in particolare per dare ai piccoli commercianti la possibilità di effettuare adeguamenti.

### Lusso non via Amazon

Nella sua decisione del 6 dicembre 2017 (C-230/16), la Corte di giustizia europea ha stabilito che un sistema di distribuzione selettiva per i beni di lusso non è in linea di principio soggetto al divieto di restrizioni di mercato di cui all'articolo 101 I del TFUE. Nel caso di specie, un fornitore di cosmetici di lusso voleva vietare ad un dettagliante, in un accordo operativo, di venderli attraverso Amazon. La Corte di giustizia riconosce che, nel caso dei beni di lusso, „l'aura del lusso“ deve essere protetta in quanto carat-

teristica di qualità e che tale aspetto può essere messo in pericolo dalla distribuzione sulle piattaforme mondiali generali.

### Asics non è lusso

Il 12 dicembre 2017 il BGH (KVZ 41/17) ha tuttavia stabilito che l'ASICS non può, in linea di principio, vietare ai propri concessionari l'utilizzo dei motori di ricerca dei prezzi. Sono inammissibili divieti generali non connessi a requisiti qualitativi. La violazione dell'intesa era così evidente che la questione non richiedeva ulteriori chiarimenti in un'udienza o un rinvio alla Corte di giustizia europea.

### Mantenere la calma in caso di clausola di non concorrenza postcontrattuale

Il 31 gennaio 2017 (10 AZR 392/17) la Corte federale del lavoro (BAG) ha adottato una decisione di pari importanza per gli agenti commerciali, gli amministratori delegati e i dipendenti. Sia in Italia che in Germania, un obbligo di non concorrenza postcontrattuale è efficace solo se il rappresentante o il lavoratore interessato riceve un compenso. Secondo il diritto tedesco, deve corrispondere ad almeno il 50 per cento del salario medio.

Nel caso deciso, il datore di lavoro era in ritardo con questo pagamento. Ciò ha infastidito il lavoratore in modo tale che egli non solo ha avvertito il datore di lavoro, ma gli ha anche scritto che non si sarebbe più sentito vincolato dall'obbligo di non concorrenza. Con sua grande sorpresa, il datore di lavoro gli è stato grato e non ha pagato alcun indennizzo nel periodo successivo.

Il Tribunale federale del lavoro si è pronunciato a favore del datore di lavoro e ha interpretato la minaccia del lavoratore come una risoluzione del contratto. Il dipendente è stato lasciato a mani vuote.



Echter Luxus – Lusso vero



## ARBEITSRECHT

### Scheinselbstständige: Unbeschränkter Urlaub

Sowohl in Deutschland wie auch in Italien versuchen unvorsichtige Arbeitgeber Sozialversicherungsabgaben zu sparen und Personen, die faktisch Arbeitnehmer sind, als freie Mitarbeiter oder in anderer Form zu beschäftigen. Gerade in Italien hat der Gesetzgeber in der Vergangenheit immer wieder versucht, kostengünstige Alternativen anzubieten (co.co.co., co.co.pro., etc), die in der Praxis aber oft zweckentfremdet wurden.

Nach einer Entscheidung des EuGH vom 29.11.2017 (C-214/16) ist das Risiko für Arbeitgeber noch einmal beträchtlich erhöht worden. In dem betreffenden Fall hatte ein scheinselfständiger Verkäufer, der knapp 14 Jahre für seinen Arbeitgeber tätig war, eine Statusklage vor dem Arbeitsgericht gewonnen und machte Urlaub für die vergangenen 14 Jahre geltend. Der Arbeitgeber wandte die nationale Verfallfrist ein, nach der Urlaub in einem bestimmten Zeitraum hätte geltend gemacht werden müssen. Der EuGH hat entschieden, dass solche Verfallklauseln nicht mit Art. 7 I der Arbeitszeitrichtlinie (88/2003) vereinbar sind, da es dem Verkäufer gar nicht möglich gewesen wäre, dieser in der Scheinselbstständigkeit geltend zu machen. Der Arbeitnehmer freut sich jetzt auf einen sehr langen bezahlten Urlaub.

### Weihnachtsgratifikation: Vorbehalt des Arbeitgebers

Ein Arbeitgeber zahlte an seine Arbeitnehmer einem 13. Monatsgehalt als Gratifikation, deren Höhe – so

stand es in den Arbeitsverträgen – „jeweils jährlich durch den Arbeitgeber bekannt gegeben“ wurde. Über zehn Jahre lang zahlte der Arbeitgeber ein halbes Monatsgehalt als Gratifikation im Juli, ein weiteres halbes Monatsgehalt als Weihnachtsgatifikation im November. Als sich im September eines Jahres ein negatives Ergebnis abzeichnete, entschied der Arbeitgeber erstmals, in diesem Jahr kein Weihnachtsgeld zu zahlen. Ein Arbeitnehmer klagte dagegen, insbesondere mit dem Hinweis, dass mittlerweile ein Betriebsrat gewählt wurde und dieser bei der Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen nicht beteiligt wurde (§ 87 I Nr. 10 Betriebsverfassungsgesetz).

Das Bundesarbeitsgericht (23.08.2017, 10 AZR 136/17) urteilte arbeitgeberfreundlich. Es stellte fest, dass der Arbeitgeber mit der vertraglichen Regelung nur seinen Spielraum gemäß § 315 BGB nutzte. Da die Entlohnungsgrundsätze damit nicht geändert wurden, wäre eine Beteiligung des Betriebsrates auch nicht erforderlich gewesen. Die Klage wurde abgewiesen.

### Keine Wiedereinstellung im Kleinbetrieb

Im deutschen Arbeitsrecht ist die „Tutela reale“, also der tatsächliche Weiterbeschäftigungs- bzw. Wiederbeschäftigungsanspruch die gesetzliche Folge eines gewonnenen Kündigungsschutzprozesses. Sie dient in der Praxis vor allen Dingen dazu, den Arbeitgeber, der sich das erhebliche Risiko ausrechnen kann, zu einem Vergleich zu führen. Eine Ausnahme bildet aber auch in Deutschland der Kleinbetrieb, der nicht mehr als zehn Arbeitnehmer in Vollzeit beschäftigt. Dies hat

der das BAG in einem Fall bestätigt, in dem der Arbeitnehmer eines Kleinbetriebes sich bei einem Betriebsübergang einer Apotheke (mit nicht mehr als zehn Beschäftigten) übergangen fühlte. In dem konkreten Fall hatte der Politikerin zunächst nicht die Absicht ihren Betrieb zu verkaufen, sondern ihn altersbedingt aufzugeben; erst nach Kündigung der Angestellten hatte sie sich anders entschieden und die Apotheke verkauft. Die wegen der geplanten Betriebsaufgabe ausgesprochene Kündigung war eben nicht wegen des Betriebsüberganges erfolgt.

### Anrechenbarkeit auf Mindestlohn

Ein Zeitungszusteller erhielt monatlich eine Anwesenheitsprämie, die im Falle von Krankheitstagen reduziert wurde. Er erhielt zudem einen Stundenlohn, der unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns lag. Der Zeitungszusteller klagte die Differenz ein, der Arbeitgeber wandte ein, dass auch die Anwesenheitsprämie auf die Berechnung des Mindestlohns angerechnet werden müsse. Das BAG (10.08.2016 – 3 Sa 8/16) gab dem Arbeitgeber recht, da auch die Anwesenheitsprämie eine Gegenleistung für die erbrachte Arbeitsleistung darstelle. Lediglich Zahlungen, die ohne Rücksicht auf tatsächliche Arbeitsleistung des Arbeitnehmers erbracht werden würden (wie beispielsweise eine Treueprämie oder ein Geschenk anlässlich der Weihnachtsfeier), könnten bei der Berechnung des Mindestlohns unberücksichtigt bleiben.

Der gesetzliche Mindestlohn beträgt zur Zeit in Deutschland 8,84 Euro.

## FINANZEN

### Deutsche Bank: Strafverfahren gegen ehemalige Vorstandsvorsitzende

Der Mandantenbrief berichtete in den letzten Jahren wiederholt über den sogenannten „Kirch-Prozess“. Leo Kirch war ein deutscher Medienmogul ohne politische Ambitionen aber ansonsten mit Berlusconi vergleichbar, dessen Imperium 2002 in der Folge eines negativen öffentlichen Interviews des damaligen Chefs der Deutschen Bank insolvent wurde. Die Haftung der Deutschen Bank wurde dem Grunde nach vom Landgericht München festgestellt und die Bank hat im Jahr 2014 im Wege eines Vergleichs knapp 1 Milliarde Euro an die Erben als Schadensersatz gezahlt. Gegen die ehemaligen Vorstände der Deutschen Bank wurde wegen versuchten Prozessbetruges ermittelt. Ihnen wurde vorgeworfen, im Prozess gegen die Kirch-Erben vor dem Landgericht München sich abgesprochen und die Unwahrheit gesagt zu haben. Gegen die Einstellung des strafrechtlichen Verfahrens soll jetzt nach Informationen der NJW (Heft 9/2018) die Bundesanwaltschaft Einspruch eingelegt haben und es soll mit einem Verfahren vor dem Bundesgerichtshof noch in diesem Jahr zu rechnen sein. Eine strafrechtliche Verurteilung sämtlicher Vorstandsvorsitzenden über einen erheblichen Zeitraum würde der ehemals als besonders seriös geltenden Einrichtung (der gute Name der

Deutschen Bank erklärt auch ihren Anfangserfolg in Italien) einen weiteren empfindlichen Stoß versetzen.

### Consob und Strafrechtssanktion: Ne bis in idem

Herr Ricucci wurde vom Landgericht Rom wegen Marktmanipulationen, die den Kurs der Wertpapiere der RCS Mediagroup SpA rechtswidrig beeinflussten, auf drei Jahre Freiheitsstrafe verurteilt und dann begnadigt (in Italien nicht ganz unüblich). Die Consob, die italienische Börsenaufsicht, verhängte zudem in einem Ordnungswidrigkeitsverfahren eine Geldbuße von 10,2 Millionen Euro gegen Herrn Ricucci und weitere Betroffene. Herr Ricucci beschwerte sich gegen die Geldbuße und wandte ne bis in idem ein. Er könne wegen des gleichen Verstoßes nicht zweimal, strafrechtlich und im Verwaltungsweg, sanktioniert werden.

Das Landgericht Rom legte das Verfahren dem EuGH mit dem Hinweis vor, dass der Grundsatz ne bis in idem in der italienischen Rechtsordnung keine Anwendung auf das Verhältnis zwischen strafrechtlichen Sanktionen und verwaltungsrechtlichen Sanktionen finde. Der EuGH hat sich dem nicht angeschlossen. Nach einer Entscheidung der Großen Kammer vom 20.3.2018 (C-537/16) ist Art. 50 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union so auszulegen, dass er einer nationalen Regelung entgegensteht, nach der es zulässig

ist, gegen eine Person ein Verfahren zur Verhängung einer Geldbuße als Verwaltungssanktion wegen eines Sachverhalts fortzusetzen, wegen dem sie bereits rechtskräftig strafrechtlich verurteilt wurde. Letztlich scheint Herr Ricucci ungeschoren davonzukommen.

### Keine Haftung von Ratingagenturen bei fehlerhafter Bewertung von Emittenten

Die schwierig zu legitimierende Macht von Ratingagenturen steht seit der Finanzkrise im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Der europäische Gesetzgeber hat u.a. hierauf mit einer Verordnung reagiert (1060/2009), die bei grob fahrlässiger Falschbewertung eine unmittelbare Haftung der Ratingagentur gegenüber dem geschädigten Anleger festlegt. Das OLG Düsseldorf (8.2.2018, I-6 U 50/17) hat nunmehr entschieden, dass die direkte Haftung der Ratingagentur sich aber nur auf eine falsche Bewertung des angebotenen Finanzinstruments bezieht, nicht aber auf den Emittenten selbst. Wenn also der Emittent schwach auf der Brust, das von ihm vertriebene Produkt aber robust ist, geht der Anleger leer aus. Das OLG führt zudem aus, dass auch aus deutschem Zivilrecht, aus dem Institut des Vertrages mit Schutzwirkung zugunsten Dritter, der Anleger gegen die Ratingagentur keinen Anspruch habe.



## DIRITTO DEL LAVORO

**Falsi lavoratori autonomi: ferie illimate**

Sia in Germania che in Italia, incauti datori di lavoro cercano di risparmiare i contributi previdenziali e impiegano persone che sono di fatto lavoratori dipendenti come liberi professionisti o in qualche altra forma. In Italia, in particolare, i legislatori hanno ripetutamente cercato in passato di offrire alternative economicamente vantaggiose (co.co.co., co.co.pro., ecc.), che sono state spesso di fatto utilizzate in modo improprio.

A seguito di una sentenza della Corte di giustizia del 29.11.2017 (C-214/16), i rischi per i datori di lavoro sono nuovamente aumentati considerevolmente. Nel caso in questione, un venditore apparentemente autonomo che aveva lavorato per il suo datore di lavoro per quasi 14 anni aveva vinto una causa davanti al Tribunale del lavoro e ha chiesto le ferie per gli ultimi 14 anni. Il datore di lavoro ha opposto la decadenza dal termine nel quale le ferie avrebbero dovuto essere richieste. La Corte di giustizia ha statuito che tali clausole di decadenza non sono compatibili con l'articolo 7 I della direttiva sull'orario di lavoro (88/2003), in quanto il venditore non avrebbe potuto rivendicarle durante lo svolgimento dell'attività di lavoro autonomo. Il dipendente ora si gode un lungo periodo di ferie retribuite.

**Bonus natalizio: diritto di riserva del datore di lavoro**

Un datore di lavoro era solito versare ai suoi dipendenti una tredicesima mensilità come bonus, il cui importo - secondo i contratti di lavoro - „veniva reso

noto annualmente dal datore di lavoro“. Per più di dieci anni, il datore di lavoro aveva pagato l'equivalente di una metà dello stipendio mensile come bonus in luglio e l'equivalente dell'altra metà della mensilità come bonus di Natale in novembre. Quando a settembre di un anno si era registrato un risultato aziendale negativo, il datore di lavoro aveva deciso per la prima volta di non pagare un premio natalizio per quell'anno. Un dipendente presentava un ricorso in merito, sottolineando in particolare che nel frattempo era stato eletto un comitato aziendale e che quest'ultimo non era stato coinvolto nella definizione dei principi retributivi (articolo 87 I n. 10 della legge sullo statuto dei lavoratori).

La Corte federale del lavoro (BAG - 23.08.2017, 10 AZR 136/17) si è pronunciato a favore dei datori di lavoro. Ha constatato che il datore di lavoro si è avvalso della disposizione contrattuale ai sensi del § 315 BGB (Codice civile tedesco). Poiché non sono stati modificati i principi della remunerazione, la partecipazione del comitato aziendale non va ritenuta come necessaria. Il ricorso è stato respinto.

**Nessun diritto al reimpiego nelle piccole imprese**

Nel diritto del lavoro tedesco, la „tutela reale“, cioè l'effettiva richiesta di prosecuzione del rapporto o di riassunzione, è la conseguenza legale di un procedimento di impugnazione del licenziamento che è stato vinto. In pratica, il suo scopo principale è quello di condurre il datore di lavoro, che valuta il rischio come considerevole, ad un accordo. Fa ecce-

zione la piccola impresa tedesca, che non impiega più di dieci dipendenti a tempo pieno. Ciò è stato confermato dal BAG in un caso in cui il dipendente di una piccola impresa è stato escluso al momento del trasferimento dell'attività di una farmacia (con non più di dieci dipendenti). Nel caso specifico, la farmacista non intendeva inizialmente vendere la sua attività, ma cederla per ragioni di età; solo dopo il licenziamento dei dipendenti aveva deciso altrimenti e aveva venduto la farmacia. La cessazione dovuta alla prevista chiusura dell'attività non era dovuta - secondo i giudici - al trasferimento dell'attività.

**Ammissibilità al salario minimo**

Un fattorino ricevette dal suo datore di lavoro un premio sulla presenza, riducibile in caso di giorni di malattia. Ricevette anche un salario orario inferiore al salario minimo legale. Il fattorino ha reclamato in giudizio la differenza, il datore di lavoro ha sostenuto che anche il bonus di presenza deve essere tenuto in considerazione per il calcolo del salario minimo. Il BAG (10.08.2016 - 3 Sat 8/16) ha dato ragione al datore di lavoro, in quanto anche il bonus di presenza rappresenta un corrispettivo per il lavoro svolto. Solo i pagamenti che sarebbero stati effettuati indipendentemente dalle prestazioni lavorative effettive del dipendente (come un premio fedeltà o un regalo a Natale) non potevano essere inclusi nel calcolo del salario minimo.

Il salario minimo legale in Germania attualmente ammonta a 8,84 Euro/h.

## FINANZA

**Deutsche Bank: procedimento penale a carico di ex amministratori delegati**

La lettera ai clienti ha più volte riferito in passato sul cosiddetto „processo Kirch“. Leo Kirch era un magnate tedesco dei media, senza ambizioni politiche, ma altrimenti paragonabile a Berlusconi, il cui impero è fallito nel 2002 in seguito ad un'intervista pubblica negativa dell'allora capo della Deutsche Bank. La responsabilità della Deutsche Bank è stata sostanzialmente accertata dal Tribunale di Monaco e nel 2014 la banca ha versato agli eredi in via transattiva, a titolo di risarcimento danni, quasi 1 miliardo di euro. Gli ex membri del consiglio di amministrazione della Deutsche Bank sono stati indagati per tentata frode processuale. Sono stati accusati di collusione nel processo contro gli eredi di Kirch dinanzi al Tribunale di Monaco e di aver dichiarato il falso. Secondo le informazioni della NJW (rivista 9/2018), la Procura federale ha presentato ricorso contro l'archiviazione del procedimento penale e il procedimento dinanzi alla Corte federale suprema (BGH) è previsto entro la fine dell'anno. Una condanna penale di tutti gli amministratori delegati per un lungo periodo di tempo darebbe un altro duro colpo a tale istituzione, una volta considerata particolarmente seria (il buon

nome della Deutsche Bank spiega anche il suo iniziale successo in Italia).

**Consob e sanzione penale: ne bis in idem**

Il sig. Ricucci è stato condannato dal Tribunale di Roma a tre anni di carcere, pena poi indultata (cosa non inusuale in Italia) per manipolazioni di mercato che hanno illegittimamente influenzato il corso dei titoli di RCS Mediagroup S.p.A.. La Consob, autorità italiana per la vigilanza dei mercati finanziari, ha inoltre irrogato in un procedimento per illecito amministrativo una sanzione di 10,2 milioni di euro al sig. Ricucci e ad altre persone coinvolte. Il sig. Ricucci ha fatto ricorso contro la sanzione, contestando il ne bis in idem. Esponendo al riguardo di non poter venir sanzionato per la stessa violazione due volte, in via penale e amministrativa.

Il Tribunale di Roma deferiva il caso alla Corte europea di giustizia, sottolineando che il principio del ne bis in idem non si applica nel diritto italiano al rapporto tra sanzioni penali e sanzioni amministrative. La Corte di Giustizia non ha seguito l'indicazione del Tribunale. In una decisione della Sezione allargata del 20.3.2018 (C-537/16), essa ha stabilito che l'art. 50 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea debba essere interpretato nel senso che esso osta ad una nor-

mativa nazionale, in forza della quale è consentito proseguire il procedimento contro una persona per infliggerle un'ammenda a titolo di sanzione amministrativa per fatti per i quali essa era già stata condannata penalmente con sentenza definitiva. Alla fine, pare che il signor Ricucci l'abbia fatta franca.

**Nessuna responsabilità delle agenzie di rating in caso di errata valutazione di emittenti**

Il potere delle agenzie di rating, difficile da legittimare, si trova sotto gli occhi dell'opinione pubblica sin dalla crisi finanziaria. Tra l'altro, il legislatore europeo ha reagito con un regolamento (1060/2009) che stabilisce la responsabilità diretta dell'agenzia di rating nei confronti dell'investitore danneggiato in caso di errata valutazione dovuta a negligenza grave. La Corte di Appello di Düsseldorf (8.2.2018, I-6 U 50/17) ha ora deciso che la responsabilità diretta dell'agenzia di rating si riferisce solo a una valutazione errata dello strumento finanziario offerto, ma non all'emittente stesso. Quindi, se l'emittente è scarso, ma il prodotto che vende è robusto, l'investitore non otterrà nulla. La Corte d'Appello dichiara inoltre che l'investitore non ha alcun diritto nei confronti dell'agenzia di rating in base al diritto civile tedesco e all'istituto del contratto con effetto di tutela a favore di terzi.

## GEISTIGES EIGENTUM

### Neues zur Lebensmittelkennzeichnung

Der Hinweis auf die Herkunft des verwendeten Rohmaterials ist eine Information, die der Verbraucher laut und deutlich verlangt, insbesondere wenn er feststellt, dass die Formulierung „Made in Italy“ auch auf Produkten angebracht ist, die in Italien nur „die letzte wesentliche Veränderung“ erfahren haben. Marktstudien bestätigen, dass viele Verbraucher es vorziehen, in Italien hergestellte Lebensmittel in ihren Einkaufswagen zu legen und Lebensmittel mit DOP-, IGP- und DOC-Zertifikaten zu kaufen.

Vor kurzem wurde die neue EU-Verordnung Nr. 2018/775 vom 28. Mai 2018 über die Angabe des Ursprungslandes bzw. des Ursprungsortes der Primärzutat veröffentlicht, mit der die Europäische Kommission die neuen Regeln für die Kennzeichnung des Ursprungs der Primärzutat in Lebensmitteln vorschreibt. Die Verordnung gilt, wenn das Herkunftsland oder der Herkunftsort eines Lebensmittels auf dem Etikett auf irgendeine Weise angegeben ist (z. B. in Form von Angaben, Abbildungen, Symbolen oder Begriffen, die sich auf Orte oder geografische Gebiete beziehen).

Die in der Verordnung vorgesehene Angabe des Ursprungs der Primärzutat kann auf zwei verschiedene Arten erfolgen,

1. durch direkte Bezugnahme auf eines der angegebenen geographischen Gebiete;
2. durch die Verwendung von Standardsätzen: '(Name der Primärzutat) stammt nicht aus (Herkunftsland oder Herkunftsort des Lebensmittels)' oder einer Formulierung, die für den Verbraucher eine gleichwertige Bedeutung haben kann.

Die neue Verordnung, die am 1. Juni dieses Jahres in Kraft getreten ist, gilt ab dem 1. April 2020 und wird ein hohes Maß an Transparenz gewährleisten und den europäischen Bürgern klare Informationen über die Herkunft von Lebensmitteln liefern.

### EuGH: Champagner Sorbet (C-393/16)

Nach Artikel 30 des „Codice di Proprietà Industriale“ ist - unbeschadet der zuvor in gutem Glauben erworbenen Markenrechte - die Verwendung von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen sowie die Verwendung jeglicher Mittel bei der Bezeichnung oder Aufmachung eines Erzeugnisses, die anzeigen oder vermuten lassen, dass das Erzeugnis selbst aus einem anderen Ort als dem tatsächlichen Ursprungsort stammt oder dass das Erzeugnis Eigenschaften aufweist, die für Erzeugnisse gelten, die aus einem durch eine geografische Angabe bezeichneten Ort stammen, verboten. Aber nicht nur Italiener achten auf die Unterscheidung von Produkten nationaler Herkunft und halten die Qualifizierung des Ursprungs des Produkts für grundlegend.

Das Comité Interprofessionel du Vin de Champagne (CIVC), ein französischer Verband zum Schutz der PDO „Champagne“, hat gegen die deutsche Kette Aldi Süd Dienstleistungs-GmbH & Co OHG wegen der Verwendung der Bezeichnung „Champagner Sorbet“ zur Vermarktung eines von Aldi vertriebenen Sorbets mit 12% Champagner als Zutat geklagt.

Nachdem das Berufungsgericht der Klage zunächst stattgegeben hatte, entschied es zugunsten der Beklagten Aldi, dass die gerügte Bezeichnung nicht missbräuchlich verwendet worden wäre, weil Aldi ein berechtigtes Interesse daran hätte, den Namen „Champagner Sorbet“ zur Bezeichnung eines unter diesem Namen bekannten Erzeugnisses zu verwenden, dessen wesentlicher Bestandteil Champagner ist, und daher keine irreführenden Angaben gemacht worden seien. Der französische CIVC hat daraufhin den Bundesgerichtshof (BGH) angerufen, der dem EuGH die Sache zur Auslegung von Artikel 118I Absatz 2 Buchstabe a) Ziffer ii) der Verordnung Nr. 118 mit der Frage vorgelegt hat, ob nach der VO 1234/2007 eine rechtswidrige Ausnutzung des Rufes im vorliegenden Fall vorliegt,

In seinem Urteil in der Rechtssache C-393/16 stellt der Gerichtshof fest, dass die Verwendung einer geschützten Ursprungsbezeichnung als Teil der Bezeichnung eines Lebensmittels, das eine den Regeln der geschützten Ursprungsbezeichnung entsprechende Zutat enthält, an sich nicht als Verstoß gegen die Verordnung angesehen werden kann, da es Sache der nationalen Gerichte ist, von Fall zu Fall zu entscheiden, ob eine solche Verwendung eine unzulässige Ausnutzung des Rufes der geschützten Ursprungsbezeichnung darstellt. Die Tatsache, dass die im Verfahren streitige Bezeichnung „Champagner Sorbet“ der Branchenpraxis bei der Bezeichnung des Produkts entspricht, ist irrelevant. Es ist entscheidend, ob die von der geschützten Ursprungsbezeichnung begünstigte Zutat in ausreichender Menge zugesetzt wurde. Der Gerichtshof ist hier der Ansicht, dass die hinzugefügte Menge für die Beurteilung zwar relevant, aber nicht ausreichend ist, da eine im Wesentlichen qualitative Bewertung vorgenommen werden muss.

Die Verwendung der Bezeichnung „Champagner“ durch Aldi war aber offensichtlich nicht dazu gedacht, einen Schaumwein zu bezeichnen, sondern darauf hinzuweisen, dass das Eis Champagner enthält; damit wird eine geschützte Ursprungsbezeichnung nicht irreführend verwendet, da nichts darauf hindeutet, dass das Produkt von einem anderen Ort als dem tatsächlichen Ursprungsort stammt. Im vorliegenden Fall wird davon ausgegangen, dass ein „Champagner-Sorbet“, das die geschützte Ursprungsbezeichnung Champagner enthält, dessen Geschmacksqualität eng mit dem Vorhandensein von Champagner verbunden ist den Ruf der betreffenden Bezeichnung nicht in unlauterer Weise ausnutzt. Es liegt nach dem EuGH daher kein unrechtmäßiger Missbrauch, keine Nachahmung oder Beschwörung der Ursprungsbezeichnung oder eine Verwendung falscher oder irreführender Angaben vor, die geeignet sind, über den geografischen Ursprung des Erzeugnisses oder über

die Art oder die wesentlichen Eigenschaften dieses Erzeugnisses irreführen. AB

### Schutz von Know How und vertraulichen Geschäftsinformationen

Am 8. Mai 2018 wurde die Gesetzesverordnung zur Umsetzung der Richtlinie 94/3/2016 über den Schutz von vertraulichem Know-how und Geschäftsinformationen verabschiedet, die abschreckende strafrechtliche und verwaltungsrechtliche Sanktionen für den Fall des Erwerbs, der Verwendung oder der Weitergabe solcher Informationen vorsieht.

Die Durchführungsverordnung ändert in erster Linie den Begriff der vertraulichen Unternehmensinformationen, der in der aktuellen Gesetzesverordnung Nr. 30/2005 enthalten ist (Art. 1 Abs. 1 der Gesetzesverordnung Nr. 30/2005), indem sie den neuen Begriff der Geschäftsgeheimnisse einführt. Viele Bestimmungen des Gewerblichen Rechtsschutzes, die sich speziell auf Geschäftsgeheimnisse beziehen, werden im Hinblick auf ein höheres Schutzniveau neu formuliert.

Die Verordnung erweitert den Schutz, indem sie das Verbot des Erwerbs, der Offenlegung oder der missbräuchlichen Verwendung von Unternehmensinformationen und -erfahrungen auf fahrlässiges Verhalten erweitert, wobei festgestellt wird, dass die Verwendung oder Offenlegung eines Geschäftsgeheimnisses als illegal gilt, selbst wenn eine Person wusste (oder, je nach den Umständen, hätte wissen müssen), dass das Geschäftsgeheimnis direkt oder indirekt von einem Dritten erlangt wurde, der es unrechtmäßig verwendet hat.

Was schließlich die strafrechtlichen Sanktionen betrifft, wird der Text von Artikel 623 des Strafgesetzbuches (Offenlegung von Wissenschafts- oder Betriebsgeheimnissen) vollständig neu gefasst. Der Geltungsbereich wird erweitert und mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren bedroht, wer sich illegal Geschäftsgeheimnisse angeeignet hat, offenbart oder zum eigenen oder fremden Vorteil nutzt.

Die Verletzung von Geschäftsgeheimnissen kann nun von jedermann geltend gemacht werden, nicht nur von Personen, die mit dem Unternehmen verbunden sind. Schließlich ist ein erschwerender Umstand vorgesehen, wenn der Verstoß mit einem Computerprogramm begangen wird. AB

Domiciliazioni e ricerca  
personale bilingue

dlw

Tel.: 0049 · 69 · 1310666  
info@dlwfrankfurt.de

# PROPRIETÀ INTELLETTUALE

## Etichettatura di prodotti alimentari : Novità

L'indicazione dell'origine della materia prima è un'informazione che i consumatori chiedono a gran voce, soprattutto quando scoprono che la scritta „made in Italy” viene apposta anche su prodotti che in Italia hanno subito solo „l'ultima trasformazione sostanziale”. Le indagini di mercato confermano che molti consumatori preferiscono mettere nel carrello cibi prodotti in Italia e acquistare alimenti con marchi e certificazioni DOP, IGP e DOC.

Recentemente è stato pubblicato il nuovo Regolamento UE n. 2018/775 del 28 maggio 2018 sull'indicazione del Paese d'origine o luogo di provenienza dell'ingrediente primario, con il quale la Commissione europea detta le nuove norme per l'etichettatura dell'origine dell'ingrediente principale negli alimenti. Il regolamento si applica quando il Paese d'origine, o il luogo di provenienza di un alimento sia indicato sull'etichetta attraverso qualsiasi mezzo (ad esempio: diciture, illustrazioni, simboli o termini che si riferiscono a luoghi o zone geografiche).

L'indicazione dell'origine dell'ingrediente primario, secondo quanto previsto dal regolamento, può avvenire con due diverse modalità, precisamente:

- 1) attraverso il riferimento diretto a una delle zone geografiche indicate;
- 2) attraverso l'utilizzazione di espressioni tipo: «(nome dell'ingrediente primario) non proviene/non provengono da (paese d'origine o luogo di provenienza dell'alimento)» oppure una formulazione che possa avere un significato equivalente per il consumatore.

Il nuovo Regolamento, entrato in vigore il 1 giugno di quest'anno, si applicherà dal 1° aprile 2020 e garantirà un elevato livello di trasparenza, fornendo ai cittadini europei informazioni chiare sull'origine dei prodotti alimentari.

## Il caso „Champagner Sorbet” deciso della Corte di Giustizia (C-393/16)

Ai sensi dell'articolo 30 del Codice della Proprietà Industriale, salvi i diritti di marchio anteriormente acquisiti in buona fede, è vietato, l'uso di indicazioni geografiche e di denominazioni di origine, nonché l'uso di qualsiasi mezzo nella designazione o presentazione di un prodotto che indichino o suggeriscano che il prodotto stesso provenga da una località diversa dal vero luogo di origine, oppure che il prodotto presenti qualità proprie dei prodotti che provengono da una località designata da un'indicazione geografica. Scrupolosi nel distinguere i prodotti di provenienza nazionale ed a ritenere fondamentale la qualificazione dell'origine del prodotto non sono però solo gli italiani.

Il Comité Interprofessionnel du Vin de Champagne (Comitato interprofessionale Vino Champagne, CIVC) francese a tutela della DOP „Champagne” ha

citato in giudizio la catena tedesca Aldi Sud Dienstleistungs-GmbH & Co OHG, chiedendo che fosse inibito alla convenuta l'utilizzo della denominazione «Champagner Sorbet» per la commercializzazione di un sorbetto distribuito dalla Aldi e contenente, come ingrediente, una percentuale di champagne pari al 12%.

Dopo un primo accoglimento della domanda da parte del Tribunale di Monaco, la Corte d'appello si è espressa in favore della convenuta Aldi ritenendo che non sussistesse un utilizzo sleale della DOP perché Aldi aveva un legittimo interesse all'utilizzo della denominazione «Champagner Sorbet» per designare un prodotto noto con quel nome e di cui lo Champagne costituisce un ingrediente essenziale, e non vi fosse quindi nessuna indicazione ingannevole. Il CIVC francese si è quindi rivolto alla Corte federale di giustizia tedesca (BGH) che ha però ritenuto di dover sollevare questione di interpretazione pregiudiziale dell'articolo 118, quaterdecies, paragrafo 2, lettera a), ii), del Regolamento n. 1234/2007 chiedendo alla Corte di Giustizia di stabilire, se l'utilizzo di una denominazione DOP costituisca uno sfruttamento (illecito) della notorietà di tale DOP.

Nella sentenza C-393/16 la Corte ha affermato che l'utilizzo di una DOP come parte di una denominazione di un prodotto alimentare contenente un ingrediente conforme alla normativa DOP non può, di per sé, essere considerato contrastante con il regolamento, spettando ai giudici nazionali verificare caso per caso se un tale utilizzo costituisca un indebito sfruttamento della notorietà della DOP. La circostanza che la denominazione „Champagner Sorbet” oggetto del procedimento corrisponda ad una prassi di settore per designare il prodotto è irrilevante. Importante è determinare se l'ingrediente che beneficia della DOP sia stato aggiunto in quantità sufficiente per conferire al prodotto alimentare una caratteristica essenziale. Secondo la Corte, però, ai fini della valutazione sebbene rilevante, la quantità dell'ingrediente non è sufficiente, dovendo essere svolta una valutazione essenzialmente qualitativa.

L'uso della DOP „Champagne” da parte di Aldi non era ovviamente diretto a contraddistinguere un vino, ma al solo fine di indicare che il gelato contiene Champagne; non si può parlare di uso ingannevole di una DOP, né di uso mezzi che indichino o suggeriscano che il prodotto provenga da una località diversa dal vero luogo di origine. Nel caso di specie si è ritenuto che uno «Champagner Sorbet» contenente Champagne DOP, la cui qualità gustativa è strettamente connessa alla presenza di Champagne non trae indebito vantaggio della notorietà della DOP in questione e quindi è ritenuto che non ricorresse un'illecita usurpazione, imitazione o evocazione della denominazione d'origine, né un'ipotesi di uso di indicazioni false o ingannevoli atte ad indurre in errore sull'origine geografica del prodotto, o riguardanti la natura o le qualità essenziali di tale prodotto. AB

## Tutela di Know How e delle informazioni commerciali riservate

È stato approvato l'8 maggio 2018, il decreto legislativo di attuazione della direttiva n. 943/2016 riguardante la protezione del know how riservato e delle informazioni commerciali riservate, prevedendo misure sanzionatorie penali e amministrative efficaci, proporzionate e dissuasive in caso di acquisizione, utilizzo o divulgazione di tali informazioni.

Il decreto attuativo modifica innanzitutto il termine informazioni aziendali riservate contenuto nel vigente Codice della Proprietà Industriale (art. 1 comma 1 del D. Lgs. n. 30/2005), introducendo il nuovo concetto di segreti commerciali. Molte disposizioni del Codice di Proprietà Industriale, specificamente riferite ai segreti aziendali, vengono quindi riformulate in vista di un più alto livello di protezione.

Il decreto amplia la tutela estendendo anche alle condotte colpose il divieto di acquisire, rivelare o utilizzare, in modo abusivo, informazioni ed esperienze aziendali, salvo il caso in cui esse siano state conseguite in modo indipendente, stabilendo che l'utilizzo o la divulgazione di un segreto commerciale si considerano illeciti anche qualora un soggetto fosse a conoscenza (o, secondo le circostanze, avrebbe dovuto essere a conoscenza) del fatto che il segreto commerciale era stato ottenuto direttamente o indirettamente da un terzo che illecitamente lo utilizzava.

Infine, riguardo alle sanzioni, il testo interviene, anche, sull'art. 623 c.p. (Rivelazione di segreti scientifici o industriali), riscrivendone integralmente il contenuto e ampliandone la portata, fissando la pena della reclusione fino a due anni per chiunque, avendo acquisito in modo abusivo segreti commerciali, li rivela o li impiega a proprio o altrui profitto.

Il legislatore quindi estende la pena, consapevole che le condotte di violazione dei segreti commerciali possono essere oggi attuate da chiunque, e non solo da persone in qualche modo legate alla società. Infine, è prevista un'aggravante di pena, qualora la violazione sia commessa utilizzando un qualsiasi strumento informatico. AB





## PUBBLICAZIONI

1. Dolce/Corradini, Formularbuch für den Handelsverkehr Deutschland-Italien, zweisprachige Sammlung der in Deutschland gebräuchlichsten Vertragsmuster mit Anmerkungen und Erläuterungen, 2004, 2. Auflage, Giuffrè Editore/ C.H.Beck, gebunden, 653 Seiten (deutsch/italienisch) 2. Dolce/Lösch, Immobilienerwerb in Italien, Ein kleiner Leitfaden für die Praxis mit den wichtigsten gesetzlichen Grundlagen, aus: Jahrbuch für das italienische Recht, Band 6, C.F. Müller Verlag, 1993, (Aufsatz über 20 Seiten) über das Büro beziehbar (deutsch) 3. Dolce, Zu den Auswirkungen unterschiedlicher Rechtssysteme auf die deutsch/italienischen Wirtschaftskommunikation, (Gastvorlesung in der Universität Jena), in: Cross Culture - Interkulturelles Handeln in der Wirtschaft, Hrsg. Jürgen Bolten, Verlag Wissenschaft und Praxis, 1995 (deutsch) 4. Nguyen, Praktischer Leitfaden zur Vollstreckung italienischer Urteile in Deutschland (Vortrag in der Anwaltskammer in Verona im März 1996) über das Büro beziehbar (italienisch) 5. Dolce, Le società cooperative in Germania, in: Le Società, n. 12/93 S. 1721ff. (italienisch) 6. Dolce, Principi generali per la costituzione di una società a responsabilità limitata tedesca, in Le Società, nr. 8/94, S. 1143f. (2 Seiten), über das Büro beziehbar (italienisch) 7. Castelli/Dolce in: Existenzgründung in der EU, Hammer (Herausgeber), Bericht Italien, C.M. Beck Verlag dtv/München 1999 8. Gelardi/Dolce, Immobilienerwerb von a-z, in Bellevue, 3/98 9. Dangel, Die Kassationsbeschwerde wegen Internationaler Unzuständigkeit im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11. C.F. Müller Verlag 10. Dolce, Corporate Governance, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 11, C.F. Müller Verlag 11. Gelardi/Dolce in: Immobilien Praxis und Recht, 6/98, Immobilienerwerb in Italien 12. Castelli/Dolce/De Capoa in: Förderprogramme für die Geschäftstätigkeit in der Europäischen Union, F.A.Z. Institut für Management-, Markt- und Medieninformation GmbH (Herausgeber), Bericht Italien 13. Dangel, Die Entwicklung der Mobiliarkreditsicherheiten im Italienischen Recht, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 12, C.F. Müller Verlag 14. Dolce, Italienische Eignungsprüfung für Rechtsanwälte der Europäischen Union und italienisches Landesrecht, BRAK Mitteilungen 4/99 p. 162 ff. 15. Dolce-Gelardi, Immobilienerwerb in Italien, ZfIR, Zeitschrift für Immobilienrecht Heft 11/2000 RWS Verlag 16. André Castelli, Die Umsetzung der Fernabsatzrichtlinien in Italien, Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller 17. Dangel, Geldkreditsicherheiten an Mobilien im italienischen Recht. Eine rechtsvergleichende Untersuchung vor dem Hintergrund der Neuregelung der italienischen gewerblichen Vorzugsrechte und der deutschen Insolvenzrechtsreform, Peter Lang Verlag, 2003 (deutsch) 18. Havemann, Die Einführung der nicht wirtschaftlichen gemeinnützigen Organisation („ONLUS“) im italienischen Recht, in: Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 13, C.F. Müller Verlag, 2000 (deutsch) 19. Dolce, Italien: Erfolgshonorar zugelassen – Gebührenordnung aufgegeben, BRAK-Mitt. 5/2006, S. 203 f., Verlag Dr. Otto Schmidt (deutsch) 20. Castelli, Italien: Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 218/2007 21. Dolce/Molinari Länderbericht Italien, Handbuch des internationalen Stiftungsrechts (Richter/Wachter), Zerb-Verlag, 2007 22. Castelli, Italien: Besteuerung der Errichtung von Trusts, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426, 9/2007 23. Castelli, Italien: Kein Einfluss des Pflichtteilsverzichts auf die Pflichtteilsquote der anderen Berechtigten, Länderberichte ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, Seite 426 f., 9/2007 24. Castelli, Italien: Gesetzentwurf zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern 25. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Länderberichte, ZEV, Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge, 2011, 465 26. Ramon: Länderbericht zum italienischen Scheidungs- und Scheidungsfolgenrecht, FamRBint 2009, S. 65 27. Ramon: Sorgerecht bei nichtehelichen Kindern nach italienischem Recht, FamRBint 4/2009, S. 77 28. Ramon: Bemessung des nahehehlichen Unterhalts nach italienischem Recht, FamRBint 2/2010, S. 26 29. Ramon: Unterhalt nach italienischem Recht, FamRBint 1/2012, S. 15 und Scheidung nach italienischem Recht, FamRBint 2/2012, S. 27 30. Castelli, Italien: Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 11/2012, S. 587 31. Castelli, Italien: Verfassungswidrigkeit des im März 2011 in Kraft getretenen obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten?, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 9/2011, S. 465 32. Castelli, Italien: Änderung des Nießbrauchwerts, in Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge 4/2012 33. Castelli, Italien: Vereinfachung der Inventarerrichtung durch unmittelbare Beauftragung des Notars; Italien, Einsichtsrecht in die Krankenakte des Erblassers, ZEV 2012, 587 34. Castelli, Italien: Gesetz zur Abschaffung der unterschiedlichen Behandlung von ehelichen und unehelichen Kindern; Italien, Verfassungswidrigkeit des obligatorischen Schlichtungsverfahrens in Erbrechtsstreitigkeiten, ZEV 2013, 135 35. Dolce, Neues italienisches Berufsrecht, BRAK-Mitteilungen 2013, S. 112 ff. 36. Ramon, Länderbericht Italien, BGB Familienrecht, NomosKommentar in Verbindung mit dem Deutschen Anwaltsverein, Band 4, 3. Auflage, 2014 37. Ramon, Scheidung und Scheidungsfolgenrecht: Länderbericht Italien in Heft 11/2014 des FamRB, S. 432 38. Castelli, Italien: Erleichterungen für Erbschaftsteuerpflichtige, ZEV 3/2015, 155 39. Dolce, in Länderbericht Italien, in Handbuch Immobilienrecht in Europa, Frank/Wachter (Hrsg.) 2., neu bearbeitete Auflage, C. F. Müller, 2015 40. Castelli, Italien: Ausstellung der ENZ durch den Notar, ZEV 575, 2015 41. Castelli, Italien: Bestreiten der Echtheit eines handschriftlichen Testaments, ZEV 575, 2015 42. Castelli, Italien: Erbrecht bei eingetragenen Partnerschaften zwischen gleichgeschlechtlichen Personen, ZEV 496, 2016 43. Dolce/De Luca, Arbeitsrecht in Italien, Springer Verlag, 2016 44. Castelli, Italien: Dekrete zur Umsetzung der Partnerschaftsgesetzes in Kraft, ZEV 199, 2017 45. Castelli, Italien: Kassationshof zur Darlegung und Beweis der Aktivlegitimation von Erben, ZEV 200, 2017 46. Castelli, Italien: Globalbesteuerungsausnahme bei der Erbschaft- und Schenkungssteuer für vermögende (Steuer-) Ausländer, ZEV 568, 2017 47. Castelli, Italien: Neues Gesetz zu Patientenverfügungen, in ZEV 2018, S. 326, Dolce/de Luca Aktuelle Fragen des italienischen Arbeitsrechts, in Jahrbuch für Italienisches Recht, Band 30, C. F. Müller-Verlag, 2018

## DOLCE · LAUDA

RECHTSANWÄLTE · AVVOCATI  
Partnerschaftsgesellschaft mbB

[www.dolcelauda.com](http://www.dolcelauda.com)

Arndtstraße 34-36 · D-60325 Frankfurt am Main  
Tel: +49 69 92 07 15-0 · Fax: +49 69 28 98 59  
email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

Via Visconti di Modrone 38 · I-20122 Milano  
Tel: +39 02 76 28 10 29 · Fax: +39 02 78 05 13  
email: [dl.mi@libero.it](mailto:dl.mi@libero.it)

Viale Verdi 15 · I-41121 Modena  
Tel: +39 - 059 - 439 17 37 · Fax: +39 - 059 - 21 95 41  
email: [dl.modena@iol.it](mailto:dl.modena@iol.it)

Fritz-Elsas-Strasse 38 · D-70174 Stuttgart  
Tel: +49 711 67 44 192 · Fax: +49 711 67 44 193  
email: [stuttgart@dolce.de](mailto:stuttgart@dolce.de)

Schwanthalerstraße 102 · D-80336 München  
Tel: +49 89 599 186 26 · Fax: +49 89 599 186 27  
email: [info@dolce.de](mailto:info@dolce.de)

